

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Wiffinghaus, Berlin.
Schreibzettel: Amt Dörfel 4196/4198



Abdruck für Berlin und Umgebung:
Berlin G B 61, Delle-Alliance-Platz 6
Druckverlag: Cepariuss

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. September 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Matrosenstreik.

SPD. Die englische Admiralität hat die Londoner Presse dringend ersucht, in ihren Meldungen und Betrachtungen über die Vorkommnisse in der Atlantischen Flotte das Wort "Meuterei" zu vermeiden. Sie selbst bezeichnet diese Vorgänge lediglich als einen "Streik" und die gesamte englische Presse ist dem Wunsche der Behörden nachgekommen. Richtig ist, dass es sich um eine reine Lohnbewegung handelt, um eine kollektive Verweigerung der Arbeit zur Abwehr einer einseitig angeordneten Kürzung des Soldes.

Die britische Wehrmacht besteht sehr jeher aus Berufssoldaten und -Matrosen, die auf Grund festgesetzter Arbeitsbedingungen und Soldsätze auf eine im voraus bestimmte Zahl von Jahren hinaus angeworben werden. Wenn nun der Staat von sich aus plötzlich diese Bedingungen verschlechtert, so begeht er damit einen offenkundigen Vertragsbruch. In einem gewissen Sinne gilt das allerdings ebenfalls für die Staatsbeamten, die nicht der Wehrmacht angehören. Die Frage, ob den Beamten ein Streikrecht zusteht, ist jedoch eines der schwierigsten und umstrittensten Probleme der neuen Zeit. Gerade vom Standpunkt der Arbeiterklasse lässt sich dagegen manches einwenden: der Beamte ist pensionsberechtigt, er ist gegen plötzliche Arbeitslosigkeit geschützt, er braucht nicht, wie jeder Arbeiter und Angestellte, sich vor den Folgen der Wirtschaftskrise oder vor der Willkür unsozialer Arbeitgeber zu fürchten; ausserdem wird er aus den Mitteln der Allgemeinheit bezahlt, der zu dienen sein Beruf ist, so dass eine völlige Gleichstellung auf dem Gebiete des Streikrechts eine klare Bevorzugung der Beamtenschaft gegenüber der Arbeiterschaft bedeuten würde.

Noch komplizierter freilich ist das Problem hinsichtlich der Angehörigen der Wehrmacht. Sie ist nämlich insofern im Vorteil gegenüber allen anderen Schichten der Bevölkerung, als sie über Waffen verfügt. Diese materielle Überlegenheit erfordert einen Ausgleich auf anderen Gebieten. Die Erkenntnis hat sich im Laufe der letzten Jahre auch in der deutschen Sozialdemokratie immer mehr durchgesetzt, dass es nicht angeht, den Wehrmichtsangehörigen, die allein von Rechts wegen über Waffen verfügen, die gleichen politischen Rechte zu gewähren, wie den waffenlosen Staatsbürgern. Denn das würde nicht nur eine klare Vorzugsstellung für die Bewaffneten bedeuten, sondern darüber hinaus eine ständige Gefahr für die Demokratie.

Die Unterordnung unter den Willen der Staatsgewalt, mit einem Wort die Disziplin, ist die Voraussetzung einer jeden Wehrmacht. Mag auch die britische Admiralität sich noch so sehr gegen den Ausdruck "Meuterei" verwahren, so ist kein Zweifel daran, dass eine kollektive Arbeitsverweigerung der Matrosen von Kriegsschiffen praktisch eine Meuterei bedeutet. Formell liegt nach militärischen Rechtsbegriffen der Tatbestand der Meuterei bereits vor, wenn sich auch nur zwei Mann verständigen, den Gehorsam zu verweigern. Das gilt natürlich erst recht, wenn es Zwölftausend tun. Für das Prestige der britischen Admiralität und überhaupt für den Nationalstolz der erdrückenden Mehrheit des englischen Volkes bedeuten diese Vorgänge in der nordschottländischen Bucht

von Invergordon einen sehr schweren Schlag. Sie sind jedenfalls ein Symptom dafür, wie sehr alle bisherigen Begriffe in der heutigen Zeit durch eine Wirtschaftskrise von noch nie dagewesener Stärke erschüttert worden sind. Die englische Arbeiterschaft empfindet schon deshalb Sympathie mit den streikenden Matrosen, weil sie hofft, dass ihre Lohnbewegung Erfolg haben wird und infolge dessen die Regierung auch ihr sonstiges Sparprogramm wird revidieren müssen.

Man darf sich aber nicht darüber täuschen, dass dieser Vorgang von außerordentlicher Tragweite sein kann. Es sei nur daran erinnert, wie in Deutschland nach der letzten Notverordnung, die eine Kürzung sämtlicher Beamtgehälter vorsah, der Chef der deutschen Heeresleitung, General von Hammerstein, auf eigene Faust einen Erlass herausgab, wonach diese Kürzungen sich nicht auf die Angehörigen der Wehrmacht erstrecken würden. Der Protest der öffentlichen Meinung gegen diese selbstherrliche Ankündigung, die eine klare Bevorzugung der Reichswehr und Reichsmarine gegenüber den übrigen Teilen des Volkes bedeutet hätte, hat dazu geführt, dass dieser Erlass zurückgezogen und eine besondere Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und dem Reichswehrministerium in Aussicht gestellt wurde. Man hat freilich seither nichts mehr darüber gehört.

Es wäre sehr kurzsichtig, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Nachricht von der englischen Flottenmeuterei mit Begeisterung begrüßen würde. Es gehört schon die abgründige Dummheit der deutschen Kommunisten dazu, in diesen Vorgängen den Beginn einer revolutionären Bewegung zu erblicken. Die englischen Matrosen haben in derselben Stunde, in der sie die Arbeit verweigerten und das Auslaufen der Schiffe verhinderten, drei Hurras auf König Georg ausgebracht und spontan die englische Kriegsflagge gehisst und salutiert, um zu demonstrieren, dass sie nach wie vor loyale Untertanen seiner britischen Majestät und patriotische Staatsbürger bleiben wollen, die sich nur gegen wirtschaftliches Unrecht zur Wehr setzen. Das hinderte aber die Kindsköpfe im Zentralkomitee der KPD nicht, ein angebliches Telegramm an die meuternden Matrosen Englands zu verfassen, in dem sie ihnen erklären, was sie zu tun haben: sie sollen "kühn und entschlossen die Meuterei fortsetzen", "sich keiner Disziplin fügen", "die Offiziere entwaffnen und von den Schiffen jagen, wenn sie frech werden". Von Berlin aus setzen die Heinz Neumann und Thälmann den englischen Matrosen auseinander, dass sie in Wirklichkeit keine blosse Lohnbewegung, sondern einen "politischen Klassenkampf gegen die Staatsmacht der imperialistischen Bourgeoisie" führen.

Dieses angebliche Telegramm ist natürlich überhaupt nicht abgeschickt worden, es stellt lediglich ein Dokument "revolutionärer Phrasendrescherei" dar. Wenn die Kommunisten den englischen Matrosen in den Rücken fallen, sie diskreditieren, die reaktionäre Bourgeoisie gegen sie aufputschen wollten, so konnten sie gar nicht anders handeln. Das Britische Reich, das trotz aller Krise festgefügt dasteht, wird auch diese ernste Episode spielend überwinden.

SPD. Madrid, 17. September (Eig. Drahtb.)

Der von der spanischen Nationalversammlung mit 170 gegen 152 Stimmen angenommene Artikel 1 der republikanischen Verfassung lautet wörtlich: "Spanien ist eine liberale, demokratische Arbeiterrepublik". Für diese Fassung stimmten Sozialisten, Radikal-Soziale, Katalanische Linke, dagegen Radikal-Republikanische Linke, Fortschrittspartei und Agrarier.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat die "Rote Fahne" am Donnerstag auf 8 Tage verboten. Das Verbot erfolgte wegen der Veröffentlichung eines Telegramms des Zentralkomitees der KPD an die englische Marine.

SPD. Kiel, 17. September (Eig. Drahtb.)

Der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund fordert in einer Entschliessung von der Regierung neben vielem anderen die "sofortige Gewährung eines Zahlungsaufschubs und Vollstreckungsschutz für zunächst ein Jahr". Er verlangt von seinen Mitgliedern zugleich ihre Verpflichtungen gegen Gläubiger und Staat nicht mehr zu erfüllen, wenn nicht innerhalb kürzester Frist die Regierung die Forderungen erfüllt. Ferner fordert er von den Bauern, "dafür zu sorgen, dass bei Zwangsversteigerungen keine Gebote gemacht werden". Wer dem widerspricht, soll wirtschaftlich und gesellschaftlich geächtet und aus den Organisationen sowie aus der Dorf- und Nachbargemeinschaft ausgeschlossen werden.

Wir erwarten, dass die Regierung auf die freche Anmassung der schleswig-holsteinischen Landbund-Filiale im gegebenen Falle mit den erforderlichen Massnahmen antwortet.

SPD. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags, Abgeordneter Hess, ist schwer erkrankt. Er musste sich bereits einer Operation unterziehen. Sein Befinden soll den Umständen nach zufriedenstellend sein.

SPD. Liegnitz, 17. September (Eig. Dr.)

In Neuhoft bei Liegnitz wurde am Donnerstag der kommunistische Landarbeiter Pfaff unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. In der Wohnung des Pfaff wurden Waffen gefunden. Inwieweit und ob sich Pfaff auch des Landesverrats schuldig gemacht hat, steht noch nicht fest.

SPD. Die Aufstellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932, für den jetzt bereits Vorarbeiten geleistet werden müssen, begegnet besonderen Schwierigkeiten. Das liegt nicht nur an der weiteren Verschärfung der Finanznot, sondern hängt insbesondere mit der Regelung der Reparationszahlungen zusammen. Durch den sogenannten Hooverplan ist Deutschland für die Dauer eines Jahres von der Zahlung der Reparationen befreit worden. Dieses Reparations-Feierjahr läuft vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932, während das deutsche Rechnungsjahr vom April bis März läuft. Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, welche Regelung der Reparationen nach Ablauf des Feierjahres zustande kommen wird. Dass die Zahlungen nach dem Youngplan wieder in voller Höhe aufgenommen werden könnten, erscheint im Hinblick auf die deutsche Finanzlage nahezu ausgeschlossen. Andererseits sind bisher alle Meldungen, dass der amerikanische Präsident eine Ausdehnung des Moratoriums für alle Regierungsschulden und Reparationszahlungen auf drei oder gar 5 Jahre plane, dementiert worden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist der Gedanke aufgetaucht, das deutsche Rechnungsjahr nicht bereits am 31. März, sondern erst am 30. Juni 1932 enden zu lassen, sodass es mit dem Feierjahr des Hooverplans zusammenfällt. Offenbar hofft man, dass bis zu diesem Zeitpunkt das Schicksal der deutschen Reparationsleistungen im Jahre 1932 bereits entschieden sein wird. Eine solche Massnahme hätte zur Voraussetzung, dass die Haushaltsansätze für das Rechnungsjahr 1931 um ein Viertel erhöht werden müssten, weil sie dann für Fünfviertel Jahre gelten würden. Praktisch wäre damit dasselbe erreicht wie durch die Notetats im Jahre 1930, mit denen die Haushaltsansätze des alten Rechnungsjahres noch auf die ersten Monate des neuen Rechnungsjahres übernommen worden waren.

Das Reichskabinett hat sich bisher mit dem Gedanken einer Verlängerung des Haushaltsjahres noch nicht befasst. Unklar ist auch, ob die Verlegung des Haushaltsjahres auf den 1. Juni nur für 1932 oder als dauernde Einrichtung geplant ist.

SPD. Paris, 17. September (Eig. Drahtb.)

Der französische Gewerkschaftskongress hat den Rechenschaftsbericht des Vorstandes mit einer erdrückenden Mehrheit angenommen und damit vor allem die Tätigkeit Jouhaux' gebilligt. Für den Bericht stimmen 1985, gegen ihn 42 Gewerkschaften. 31 Gewerkschaften enthielten sich der Stimme.

In der Donnerstag-Vormittagssitzung lehnte der Kongress mit 4 638 gegen 432 Stimmen bei 195 Stimmenthaltungen die Einberufung eines Einigungskongresses ab. Beschlossen wurde die Einsetzung einer Kommission, die über die Frage der Gewerkschaftseinheit gemäss den Ansichten der Mehrheit eine Entschliessung ausarbeiten soll. Die Kommission trat am Nachmittag zusammen und wird der Vollsitzung des Kongresses am Freitag das Ergebnis ihrer Beratungen unterbreiten.

Am Schluss der Donnerstag-Vormittagssitzung kamen die Vertreter der ausländischen Gewerkschaftsverbände zu Wort. Im Namen des ADGB und der Gewerkschaftsinternationale begrüsst Leipart den Kongress und wünschte ihm vollen Erfolg. Leipart knüpfte dann an die Ausführungen Jouhaux' auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress über die Verbundenheit der französischen und der deutschen Arbeiterschaft an und erklärte, es sei ihm ein Bedürfnis, in aller Aufrichtigkeit den französischen Kameraden zu sagen, dass diese Gefühle der Solidarität in den Herzen aller deutschen Arbeiter immer lebendig geblieben seien. Obgleich Frankreich noch nicht in derselben Masse wie Deutschland von der Arbeitslosigkeit betroffen sei, handele es sich bei den Erschütterungen des wirtschaftlichen Systems um ein Problem, das alle Nationen berühre und nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden könne. Von entscheidender Bedeutung sei die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Eine solche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern Westeuropas wäre imstande in Europa den Frieden zu sichern und zu gewährleisten. Die deutsch-französische Ministerbesprechung sei zu begrüßen. Aber die Bemühungen der Staatsmänner könnten nur von Erfolg begleitet sein, wenn sie von dem Willen und der Entschlossenheit der Völker getragen würden. Hier liege die grosse Kulturmission der Arbeiterbewegung.

Inbezug auf die Pläne von Albert Thomas über die internationale Zusammenarbeit zur Behebung der Arbeitslosigkeit sprach Leipart die Hoffnung aus, dass sie von den Führern der Wirtschaft und der Finanz unterstützt würden. Es wäre überhaupt zu wünschen, dass bei der künftigen Zusammenarbeit in Europa der Leitsatz gelte: "Der eine verliert nichts, indem er dem anderen hilft. Wir werden alle gewinnen oder wir werden alle verlieren." - Leiparts Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

SPD. Die Exekutive der Moskauer Internationale hat - wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt - die kommunistischen Organisationen in Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern angewiesen, für den bevorstehenden Winter revolutionäre Erhebungen vorzubereiten und durchzuführen. Die illegalen Nebenorganisationen der kommunistischen Partei in den betreffenden Ländern sollen mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut werden.

Die preussische Polizei ist über die Pläne der KPD und über die Absichten der NSDAP für den bevorstehenden Winter genau unterrichtet und fühlt sich stark genug, alle illegalen Handlungen dieser Organisationen schon im Keime zu ersticken. Insofern ist das Geld, das von Moskau zum Zwecke revolutionärer

Erhebungen nach Deutschland geschickt werden soll, nutzlos angewendet. Die andere Frage aber ist die, wie sich das Auswärtige Amt zu der neuesten Einmischung der Kommunisten in deutsche Verhältnisse stellt. Wahrscheinlich denkt es sich ebensowenig dabei, wie bei allen anderen Einmischungen, die wir uns bisher von einer Nebenstelle der russischen Regierung haben gefallen lassen müssen. Wie lange aber soll das noch so weitergehen?

SPD. Amsterdam, 17. September (Eig. Dr.)

Die Amsterdamer Börse unterlag am Donnerstag einer so ungünstigen Stimmung, dass die Möglichkeit ihrer zeitweiligen Schliessung erwogen wurde. Die Aktien verschiedener indischer Gesellschaften, so der Deli-Gesellschaft gingen um 35 Prozent, der Deli-Batavia-Gesellschaft um 28 Prozent zurück. Auch die Amsterdamer, Rotterdamer und Haager städtischen Obligationen erlitten bemerkenswerte Verluste. Teilweise werden die Kursrückgänge auf das Stillhalteabkommen zurückgeführt, durch das an Deutschland gewährte Kredite geraume Zeit nicht gekündigt werden können. Das sozialistische "Het Volk" sieht in den Vorgängen jedoch ein Börsenmanöver gegen die Stadt Amsterdam, das mit dem Verhalten der Londoner City gegen die englische Arbeiterregierung zu vergleichen sei.

SPD. In Berlin hat sich kein einziger Polizeioffizier an dem Stahlhelm-Volksentscheid beteiligt. Wir registrieren dieses Ereignis als neuen Beweis für die Zuverlässigkeit der republikanischen Polizei in der Reichshauptstadt.

SPD. Wien, 17. September (Eig. Drahtb.)

In Linz wurden am Donnerstag mit Ausnahme von Starhemberg und Generalmajor Puchmayr alle im Zusammenhang mit dem Heimwehrputsch Verhafteten auf freien Fuss gesetzt; auch Graf Coreth, in dessen Schloss Starhemberg verhaftet wurde, ist aus der Haft entlassen worden. Ob die Untersuchung gegen die haftentlassenen Putschisten weitergeführt wird, ist amtlich bisher nicht mitgeteilt worden. Die Enthaftung wird damit begründet, dass die Heimwehr des Ortes Kirchdorf, von wo aus der oberösterreichische Putsch ausging, angeblich nicht Starhemberg und seinem Anhang unterstene, sondern der steirischen Heimwehrleitung.

In Graz wurden dagegen am Donnerstag wieder mehrere Verhaftungen vorgenommen. Festgenommen wurden der militärische Kreisleiter des mittelsteirischen Heimwehrschutzes, Oberst i.R. Kober, der verbandssekretär des Heimwehrschutzes Mally und ein Dr. Weitzer von der Alpinen Montangesellschaft. In Leoben wurde ein Beamter der Alpinen Montangesellschaft, ein Berginspektor Trojan, der in der vorigen Woche 300 Rucksäcke für die Heimwehr bestellt hat, flüchtig. Gegen ihn ist ein Steckbrief erlassen.

Als in Leoben zwei Ingenieure der Alpine verhaftet werden sollten, kam es zu einem Konflikt zwischen Gendarmerie und Polizei, da Landeshauptmann Rintelen der reaktionären Gendarmerie den Auftrag gegeben hatte, allein zu handeln. Einer der Verhafteten musste infolgedessen von der Polizei wieder freigelassen werden.

SPD. Der neue braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat sich seinem Volk mit einer "Proklamation" vorgestellt, von der die Berliner "Germania" sagt, dass sie "eine bewusst verächtliche Kennzeichnung der Reichspolitik bedeutet". Klagges rebelliert zwar nicht direkt gegen das Reich, aber er

putscht die Bevölkerung gegen die Reichsregierung und ihre Politik in einer geradezu unverantwortlichen Weise auf. Er sagt in seiner "Proklamation":

"Ich bin mir bewusst, dass ich als Länderminister gemäss der Verfassung Verordnungen der Reichsregierungen auszuführen habe, die, statt den Beginn einer Gesundung und eines neuen Aufstieges einzuleiten, lediglich letzte Folgerungen einer seit Jahren betriebenen hemmungslosen Unterwerfungs-, Erfüllungs- und Verelendungspolitik sind. Die Verantwortung für diese Massnahmen lehne ich ab. Sie liegt allein bei der Reichsregierung, die für die Führung der deutschen Gesamtpolitik verantwortlich ist, und trifft mich ebensowenig wie irgend einen anderen Länderminister, der nicht von sich aus jene Fehlpolitik unterstützt."

Diese Erklärung des aktiven braunschweigischen Innenministers entspricht dem Gassenjüngerton, wie wir ihn nunmehr seit Jahren aus der Nazi-Presse her kennen. Will sich die Reichsregierung damit abfinden? Klagges erhebt gegen sie den schlimmsten Vorwurf, der gegen eine Regierung erhoben werden kann, er beschuldigt sie in seiner Eigenschaft als aktiver Minister, alles Elend dieser bitteren Zeit verschuldet zu haben. Will die Reichsregierung trotzdem zum Herrn Klagges ohne weiteres in amtliche Beziehungen treten? Das würde bedeuten, dass sie die Aeusserungen dieses Ministers als berechtigt anerkennt und für die Zukunft neuen Entgleisungen dieses Herrn Tür und Tor öffnet.

Klagges verdankt sein Ministeramt u.a. der Deutschen Volkspartei, die im Reich mit in der Regierung sitzt. Die Aeusserungen des Herrn Klagges gegen die Reichsregierung richten sich also zugleich gegen die Deutsche Volkspartei. Die Quittung für ihren Umfall und die Wahl des Herrn Klagges hat sie schneller erhalten, als sie gedacht hat. Aber auch diese Ohrfeige wird sie einstecken.

SPD. Genf, 17. September (Eig. Drahtb.)

Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat am Donnerstag seine Arbeiten zur Untersuchung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Österreichs und ihrer Abhilfe beendet. Es wurde eine Einigung über die Vorschläge des Bundeskanzlers Buresch sowohl bezüglich der Sparmassnahmen als auch bezüglich der Kreditgewährung erzielt. Ausserdem hat sich der Bundeskanzler vorbehalten, zunächst über das Ergebnis der Verhandlungen mit den österreichischen Parteien zu verhandeln. Vorher soll eine endgültige Entscheidung über die Annahme des Abkommens nicht getroffen werden. Das Komitee wird dem Rat über das Ergebnis der Verhandlungen einen Bericht vorlegen, in dem die baldige Finanzhilfe befürwortet wird.

Im einzelnen erklärte Bundeskanzler Buresch vor dem Komitee: Die österreichische Regierung sei entschlossen, das Gleichgewicht im Budget herzustellen und alle notwendigen Massnahmen im Interesse des österreichischen Kredit- und Geldwesens durchzuführen. Sie beabsichtige, die bereits eingeleitete Ersparungsaktion noch in diesem Jahre nachdrücklich fortzusetzen. Im Budget für das Jahr 1932 würden die Ausgaben 1900 Millionen Schilling nicht überschreiten und ausserdem 100 Millionen Schilling kurzfristiger Verpflichtungen abgedeckt werden. Die Einnahmen würden mit rund 2000 Millionen Schilling veranschlagt werden, wobei auf den Rückgang der Einnahmen infolge der Wirtschaftskrise entsprechend Rücksicht genommen werde. Bei der Lage der Staatsfinanzen werde es notwendig sein, dass Eisenbahn und Post im nächsten Jahr ihren Aufwand selbst deckten. Die Regierung beabsichtige, in Zusammenarbeit mit dem Völkerbund ein Sachverständigengutachten über das Bahnwesen zu veranlassen. Die notwendige Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt der Länder und Gemeinden werde ähnliche Massnahmen, wie sie im staatlichen Budget vorgesehen würden, und auch ähnliche Ersparnisse erfordern. Die Regierung werde sich mit den autonomen Körperschaften über die erforderliche Kontrolle ihrer Kreditaufnahme verständigen.

Die Regierung werde ferner mit Rücksicht auf die Garantie, die sie für

Die Creditanstalt übernommen habe, auf eine angemessene Herabsetzung der Verwaltungskosten dringen. Sie wolle die Bankengesetzgebung einer Revision unterziehen. Mit der Nationalbank werde die Regierung ein Einvernehmen darüber herbeiführen, dass ein Berater für so lange bestellt werde, als der Völkerbund dies für notwendig erachte.

Der Bundeskanzler lud schliesslich das Finanzkomitee zur Mitarbeit bei der Durchführung dieser finanziellen und wirtschaftlichen Pläne der Regierung ein. Zunächst bedürfe die österreichische Regierung einen Kredit von 250 Millionen Schilling.

SPD. In der vom Verband der Ärzte Deutschlands herausgegebenen Zeitschrift für das Wartezimmer des Arztes "Das Hörrohr" finden wir die folgende Notiz:

"Nach den Statistiken des preussischen Landes-Gesundheitsamtes gelangen in Deutschland jährlich 60 000 Abtreibungsfälle zur Kenntnis der Ärzte. Davon sterben durchschnittlich 10 000 Frauen infolge unsachgemässer Behandlung und rund 50 000 verfallen einem dauernden Siechtum. Wann werden diese erschütternden Zahlen den Reichstag veranlassen, den Schandparagraphen 218 aufzuheben?"

Man sollte hoffen, dass diese Notiz ein Signal für einen plötzlichen Kurswechsel in der deutschen Ärzteschaft sein würde. Leider ist es anders, denn auf dem deutschen Ärztetag, der am 18.6.1931 in Köln stattfand, führte dessen Vorsitzender, Geheimrat Dr. Stauder, aus:

"Der zur Vernichtung keimenden Lebens erforderliche Eingriff kann selbst bei grösster Vorsicht Gefahren für Gesundheit und Leben auch der gesunden Frau im Gefolge haben. Es widerstrebt aber der ärztlichen Berufsauffassung, eine Operation ohne ärztliche Beweggründe vorzunehmen, nur um wirtschaftliche Not zu verhüten. Darum kann die ärztliche Standesvertretung die geforderte Freigabe der sozialen Indikation für eine Schwangerschaftsunterbrechung nicht gut heissen."

Was ist nun Wahrheit? Was "Das Hörrohr" schreibt oder was Herr Dr. Stauder in Köln zum Besten gab?

SPD. London, 17. September (Eig. Drahtb.)

Die Atlantikflotte befindet sich auf dem Wege in ihre Heimathäfen, wo die Untersuchung über die durch die Lohnkürzungen verursachten Härten vorgenommen werden soll. Wenn auch kein direkter Disziplinbruch vorliegt, so ist das nur dadurch vermieden worden, dass die Offiziere, selbst von den Kürzungen betroffen, es nicht durch Bestehen auf ihren Befehlen zur direkten Gehorsamsverweigerung haben kommen lassen, sondern den Beschwerden der Unzufriedenen, zu denen sie sich selbst zählten, eine demonstrative Wirkung verliehen haben. Das schnelle Nachgeben der Regierung wird infolgedessen verschiedentlich kritisiert.

Am Donnerstag-Nachmittag verlas Sir Austen Chamberlain in seiner Eigenschaft als erster Lord der Admiralität im Unterhaus einen Befehl, den die Admiralität an die Flotte ausgegeben hat. Darin wird die Bereitschaft der Regierung wiederholt, besondere Härten zu überprüfen. Gleichzeitig wird gesagt, dass von nun an jede Weigerung, die Befehle auszuführen, streng bestraft würde. In eine Diskussion zwischen Sir Austen Chamberlain und Alexander, dem früheren Marineminister, griff MacDonald ein und sagte, die vorige Regierung sei davon informiert worden, dass die Angehörigen der Flotte sich mit Soldkürzungen abfinden würden, falls das ganze Land solche Opfer auf sich nehmen würde und auch die Arbeitslosen davon nicht ausgenommen wären.

Das Unterhaus wurde schliesslich auf den Wunsch der Opposition auf Donnerstag-Abend vertagt. Die Frage der Soldkürzungen in der Flotte soll dann weiter diskutiert werden.

SPD. Auf Wunsch mehrerer Parteien hat der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses des Reichstags, Geheimrat Professor Kahl, die für den 22. September anberaumte Sitzung des Strafrechtsausschusses bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags vertagt.

Der Wohnungsausschuss des Reichstags, der zur Beratung des Wohnheimstät-
tengesetzes zusammentreten sollte, kann nicht tagen, da der nationalsozialisti-
sche Abgeordnete Dr. Fabricius, der Vorsitzende ist, sich weigert, den Aus-
schuss einzuberufen.

SPD. Genf, 17. September (Eig. Drahtb.)

In der wirtschaftlichen Debatte der zweiten Kommission des Völkerbundes
wurden am Donnerstag die verschiedenen Anschauungen offener denn je geäußert.

Die Tschechoslowakei sieht in Vorzugszöllen für Agrarprodukte der Donau-
länder keine Beeinträchtigung der Meistbegünstigung und wünscht die Unter-
stützung jedes Schrittes zur europäischen Zollunion. Der französische Wirt-
schaftsminister Rollin befürwortete ebenfalls das Präferenzsystem und ein
Programm öffentlicher Arbeiten zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Ueber
diese Palliativmittel hinaus sprach er sich für ein planmässiges Wirtschafts-
system zur Ueberwindung der egoistischen Ueberproduktion durch Ausgleich zwi-
schen Erzeugung und Verbrauch aus. Jedes Land habe die Pflicht, seine eigene
Wirtschaft zu schützen, doch müssten zur Herstellung der allgemeinen wirt-
schaftlichen Ordnung die Binnenmärkte diszipliniert und die Aufteilung der
alten Märkte organisiert werden. Als wichtigsten Schritt dazu bezeichnete er
die französischen Kartellpläne, an dessen Verwirklichung man baldigst heran-
gehen müsse.

Sehr scharf sprach Dr. Posse-Deutschland gegen die Inkonsequenz des Gere-
des von Zusammenarbeit, während gleichzeitig Zollerhöhungen und Einfuhrbe-
schränkungen die Handelsverträge bedrohten. Der erste Schritt zur Besserung
sei eine Gewährung des Bestehenden und die Erhaltung der Handelsverträge. Auf
dieser Basis könne man dann zur Organisierung offizieller Arbeiten und der Bil-
dung internationaler Industriekartelle schreiten. Auch die Gründung der In-
dustriekreditbank sei notwendig. Posse schloss mit dem Wunsche nach baldigen
praktischen Schritten.

Die Aussprache schloss für Donnerstag mit einer wehmühtigen Rede des indi-
schen Vertreters, der die endlose Debatte ohne greifbares Ergebnis bedauerte.

SPD. Die Verhandlungen des Gesamtverbands mit dem Reichsverband kommunal-
er und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands haben das Ergeb-
nis gehabt, dass die Reichsmanteltarifverträge der Gemeindearbeiter und Stras-
senbahner bis zum 31. März 1932 verlängert werden. Von diesen Verträgen wurden
rund 300 000 Gemeindearbeiter betroffen.

SPD. Wien, 17. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag wurden die beiden Karpfenberger Opfer des Heim-
wehrputsches in das Krematorium überführt. Ein riesiger Zug folgte dem Leichen-
wagen. Die Trauerrede hielt der Führer des Schutzbundes Dr. Deutsch.

SPD. Der Reichsfinanzminister wird zur Durchführung der geplanten Anmeldung von Wohlfahrtserwerbslosen einen Betrag von 125 Millionen Mark in grösseren Raten zur Verfügung stellen. Die Verordnung über den Siedlungsplan selbst dürfte nach dem 20. September mit den übrigen in Aussicht genommenen Verordnungen erscheinen.

SPD. Liegnitz, 17. September (Eig. Draht)

Der Naziagitator und frühere Pfarrer Münchmeier wurde am Donnerstag wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik in der Berufungsinstanz zu 1200 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Münchmeier hatte in einer Liegnitzer Naziversammlung die republikanische Staatsform in gemeiner Weise verächtlich gemacht. U.a. gebrauchte er das Wort "Judenrepublik".

In der ersten Instanz war der Hetzredner freigesprochen worden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Berliner Polizeipräsident hat die in Berlin erscheinende Tageszeitung "Die Rote Fahne" einschliesslich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 4 Wochen verboten. In dem Telegramm des Zentralkomitees der KPD an die englische Marine wird eine schwere Störung der freundschaftlichen deutsch-englischen Beziehungen erblickt. Der Schlusssatz des Telegramms stellt ferner eine Aufforderung zur Widerhandlung gegen die bestehenden Gesetze dar.

SPD. Der Preussische Unterrichtsminister verhandelte am Donnerstag zunächst mit den Vertretern der Volksschullehrerschaft, dann mit den Philologen über die Hilfsmassnahmen für den vom Abbau bedrohten Lehrernachwuchs. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Fürsorge für diejenigen, die durch die Einschränkungsmassnahmen der Notverordnung ihre Beschäftigung verlieren. Es handelt sich schätzungsweise um 6000 Junglehrer und um 1600 Studienassessoren. Für die Junglehrer lässt sich aus staatlichen Mitteln eine minimale Existenzsicherung schaffen. Von den Philologen erhalten rund 1100 als Anwärter 4/5 ihrer Bezüge weiter. Die Vertreter der verbände erklärten sich trotz aller Verärgerung über die von ihnen als zu Unrecht empfundenen Besoldungsänderungen der Notverordnung bereit, die vom Minister Grimme geplanten Massnahmen der Arbeitsbeschaffung zu unterstützen. Sie werden sich bemühen, durch eine Hilfsaktion in ihren eigenen Reihen zur Milderung der Notlage beizutragen.

Der preussische Finanzminister hat zur Unterstützung der vom Abbau bedrohten Lehrer einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

SPD. Dortmund, 17. September (Eig. Dr.)

Am Donnerstag wurde für die Brotfabriken in Rheinland und Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, der die zuletzt gültigen Löhne ab 18. September um fünf Prozent ermässigt. Für das Fahrpersonal ausserhalb Düsseldorf im Alter von 16 bis 18 Jahren wird ferner der Lohnanteil von 55 auf 45 Prozent ermässigt. Der Schiedsspruch ist erstmalig am 31. März 1932 kündbar.

SPD. In unserer Mittwoch-Ausgabe hatten wir gemeldet, dass der Führer der Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Dingeldey, den Reichsaussenminister Curtius brieflich über die Stimmung seiner Fraktion gegen Curtius unterrichtet habe und der Reichsaussenminister auf diesen Brief telegraphisch geantwortet hat, dass er sich ausschliesslich dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung verantwortlich fühle.

Von volksparteilicher Seite wird dazu mitgeteilt, dass die Meldung in dieser Form nicht zutreffe. Richtig sei dagegen, dass ein Meinungs-austausch zwischen dem Reichsaussenminister und dem volksparteilichen Führer Dr. Dingeldey stattfinde.

Demgegenüber betonen wir, dass der Meinungs-austausch in dem von uns gemeldeten Sinne vorläufig abgeschlossen ist. Wir bleiben ferner dabei, dass Dingeldey in seinem Brief an Curtius auf dessen unhaltbare Position hingewiesen; ihm ferner vor Augen geführt hat, dass er die Fraktion in grosse Schwierigkeiten bringe und es deshalb angebracht sei, zur rechten Zeit die Konsequenzen zu ziehen.

SPD. Bochum, 17. September (Eig. Drahtb.)

Die Vereinigten Stahlwerke Abteilung Bochumer Verein haben für das Röhrenwalzwerk in Höntrup einen Stillegungsantrag gestellt. Wenn sich der Auftragsbestand in den nächsten 14 Tagen nicht bessert, kommen 700 Mann zur Entlassung

SPD. Am Donnerstag kam zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Organisationsvertretern eine Vereinbarung dahingehend zustande, dass die Reichsbahnverwaltung das Recht hat, bis zu drei Feierschichten im Monat einzulegen. Für die Monate Oktober und November kann sie, wenn es die Betriebslage unbedingt erfordert, je eine weitere Feierschicht anordnen. Die Reichsbahn forderte in den langwierigen Verhandlungen, die bereits am vergangenen Freitag begannen, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember für die Reparaturbetriebe der Bahnbetriebswerke und der grossen Güterabfertigungen vier Feierschichten.

Von den Vertretern der vertragschliessenden Organisationen wurde im Verlauf der Verhandlungen stark kritisiert, dass die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gerade für diejenigen Dienstzweige Feierschichten verleihe, die an sich nach dem Tarifvertrag nur eine 48stündige wöchentliche Arbeitszeit haben, während die Dienstzweige mit einer 54stündigen wöchentlichen Arbeitszeit nicht von einer Arbeitszeitverkürzung betroffen werden sollen.

SPD. Weimar, 17. September (Eig. Drahtb.)

In der thüringischen Stadt Schmölln wurde am Mittwoch-Abend eine ein-drucksvolle Kundgebung für die Sozialdemokratie und gegen den Faschismus abgehalten, zu der sich fast 4000 Teilnehmer auf dem durch Scheinwerfer erleuchteten Marktplatz eingefunden hatten. 250 Rote Falken eröffneten die Versammlung mit ihren Liedern. Nationalsozialisten und Kommunisten versuchten im trauten Verein die Versammlung zu stören. Die Nazis, indem sie Frösche und Feuerwerkskörper zur Explosion brachten, die Kozis mit Sprechhören. Als dritte im Bunde erschien der Evangelische Kinder-Kirchenchor, der von einem Küster angeleitet wurde, durch Geschrei und Gelächter die Versammlung zu stören. Die Bemühungen der drei edlen Geschwister blieben aber vergeblich. Die Kundgebung konnte planmässig durchgeführt werden. Mehrere Ruhestörer mussten den Weg ins Polizeigefängnis antreten, wo sie sich vielleicht über ein gemeinsames Programm verständigigen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Rebellion in der Kirche.

SPD. In den Kreisen der christlichen Gewerkschaften hat sich eine Rebellion gegen einen Zweig der Propaganda der katholischen Aktion erhoben. Es handelt sich um einen höchst massiven Protest christlicher Gewerkschaftsführer in "Deutschen" gegen die Propaganda der Jesuiten. Dieser Protest geht zurück auf Ausführungen in dem religiösen Blättchen "Männerwelt, als Sendbote des Gebetapostolats herausgegeben von Priestern der Gesellschaft Jesu im Bonifaziushaus bei Emmerich am Rhein." In diesem Blättchen wird die gedankenlose Masse den denkenden Köpfen gegenübergestellt. Zwischen die Masse und die denkenden Köpfe aber stellt das Werbeblättchen geistige Zwischenkolporteurs, "Zeitungs- und sogenannte populär wissenschaftliche Bücherschreiber, Parteifunktionäre, Gewerkschaftsagitatoren und sonstige Wirrköpfe und Schreihälse". Die jesuitische Propaganda sagt diesen Zwischenkolporteurs Oberflächlichkeit, Geistlosigkeit und Flachheit nach. Ob der Fassung "Gewerkschaftsagitatoren und sonstige Wirrköpfe und Schreihälse" begehren nun die Parteifunktionäre des Zentrums und die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften auf. Sie werden höchst massiv und bringen einen sehr kitzlichen Punkt zur Sprache. Man liest im "Deutschen":

"Warum kamen die christlichen Kirchen, ihre Diener und insbesondere die Orden bei der Revolution in Deutschland so gut weg? Warum ergibt es ihnen hier nicht wie in Russland oder in Mexiko und in Spanien? Haben nicht die Kirchen ihre Vertreter und die Orden gerade den Gewerkschaftsagitatoren viel zu danken wäre ohne deren Arbeit und deren persönliche Opfer nicht auch in Deutschland ein harter Sturm über Kirchen und Klöster und deren Diener hinweggegangen?"

Die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre drohen gegenüber der katholischen Propaganda, die ihre Kreise stört, ganz offen mit einer niedlichen kleinen Jesuitenhetze. Sie malen den Teufel einer Pfaffenvertreibung an die Wand. Die christlichen Gewerkschaftsagitatoren sind Werkzeuge der kirchlichen Propaganda, aber jetzt begehren die Werkzeuge gegen den Herrn auf. Diese Rebellion ist im Grunde genommen, wenn auch im kleinsten Umfange, eine ganz echte Revolution. Dass sie ihre Spitze dabei gegen die Jesuiten kehrt, ist noch eine besondere Pikanterie.

Rechtfertigung der Novemberrevolution.

Das Berliner Nazi-Montagsblatt versetzt der nationalsozialistischen Propagandaphrase gegen die Novemberverbrecher einen Dolchstoß in den Rücken. Das Blatt veröffentlicht ein Gedicht, in dem es heisst:

Zu Münster beim Parademahl erhebt sich Wilhelm II.

Die linke Hand am Degenknäuf, die Rechte weist in die Weite.

Wohlan, mein Volk, so ruft er hinaus, folg mir auf meinen Wegen,

Ich bin dein Befreier, ich führe dich herrlichen Zeiten entgegen.

Das Volk, von Arbeit und Fleiss erfüllt, lauschte dem stolzen Worte.

Es fühlt sich gesichert und es vertraut dem kaiserlichen Worte.

Da springt ein Funke ins Land hinein, trompetenblasend zum Kriege:

Folg mir, mein Volk, so heisst es da stolz, ich führe dich zum Siege.

Dann wehte ein Sturm durch das deutsche Land, es pfiß um der Bäume Krone,
Er wehte daher vom baltischen Strand und wehte zu Boden die Krone.
Landflüchtig schlich sich der Mann davon, der das Wort zu Münster gesprochen
Das Volk, das arme, betrogene Volk, es hat das Verbrechen gerochen.

Wilhelm II., ein Wortbrüchiger und Landflüchtiger, der ein Verbrechen am
Volke begangen hat, die Novemberrevolution, der gerechte Aufstand und die Rache
des armen, betrogenen Volkes an dem kaiserlichen Wortbrecher und Landflüchtling
der Deutschland ins Unglück geführt hat - wo bleibt da noch Raum für die Dolch-
stosslüge, wo für die nationalsozialistische Hetzphrase gegen die Novemberver-
brecher? Uns scheint, dass hier dem nationalsozialistischen Redakteur ein pein-
licher Betriebsunfall zugestossen ist.

Deutsche Bundesbrüder.

Das klägliche Ende des Zollunionsprojekts hat in deutschnationalen Krei-
sen einen bemerkenswerten Ausbruch des Hasses gegen die österreichischen Bun-
desbrüder hervorgerufen. Die deutschnationalen "Hamburger Nachrichten" haben
den Rückzug von der Zollunion mit folgenden Anzüglichkeiten gegen die Öster-
reicher begleitet:

"Die Österreicher sind in Genf desertiert wie die tschechischen Regimen-
ter im Kriege. Sie haben ihren klingenden Lohn in der Tasche und überlassen
es gnädigst Deutschland, sich mit der diplomatischen Niederlage abzufinden."

Bei den Deutschnationalen haben immer andere die Schuld, bei sich selber
haben sie noch niemals Schuld gesucht. Sie brauchen immer einen anderen, den
sie beschimpfen können. Jetzt sind zur Abwechslung die Österreicher an der Rei-
he. Das sind uns nette deutsche Bundesbrüder, die Deutschnationalen!

Zur Rekrutierung der Reichswehr.

In Rostock in Mecklenburg wirbt eine Vereinigung, die sich Arbeitsgemein-
schaft zukünftiger Soldaten nennt, um Mitglieder und Unterstützung. Im Vor-
stand der Vereinigung, die sich auf die Mitarbeit eines Generalleutnants a.D.
beruft, sitzt ein Kapitänleutnant a.D. Der Zweck der Vereinigung ist, jungen
Leuten, die in die Reichswehr eintreten wollen, mit Rat und Tat zur Seite zu
stehen. Diese jungen Leute werden zu pfadfinderischen Bestrebungen zusammenge-
fasst, sie werden beispielsweise über Kartenlesen, Zurechtfinden im Gelände
usw. unterrichtet. Der Arbeitsausschuss wird von altgedienten Soldaten des
früheren und heutigen Heeres geleitet. Er beruft sich auf eine Billigung durch
das Reichswehrministerium. Es scheint, dass hier ein sehr grosser Apparat aufge-
zogen worden ist, so eine Art Vorschule für die Reichswehr. Ein solcher Werbe-
organismus ist angesichts des geringen Bedarfs der Reichswehr an Neueinstellun-
gen höchst verdächtig. Man merkt die Absicht, die Rekrutierung bei der Reichs-
wehr einseitig zu beeinflussen und eine wirkliche freie Rekrutierung auszu-
schalten.

Die Sozialdemokratie ist schuld.

Der neueste Sport der Kommunistischen Partei sind Propagandaversammlungen
für China. Herr Wilhelm Koenen, kommunistischer Reichstagsabgeordneter, hat
in einer Versammlung in Halle a/Saale verkündet, dass an der Ueberschwemmung
in China die deutsche Sozialdemokratie die Schuld trage! Wir können noch etwas
weiteres verraten: die deutsche Sozialdemokratie bereitet augenblicklich ein
ungeheures Erdbeben in der Wüste Sahara vor!

Das alte Welt

Vom Rhein zur Weichsel.

6 500 Kleinschiffer suchen Arbeit - Zwei bis drei Frachten im ganzen Jahr Trauerstimmung im "Appellraum".

SPD. Nicht nur die deutsche Seeschifffahrt liegt danieder; nicht nur in Hamburg, Bremen und in den Ostseehäfen rosten die Uebersee- und Küstendampfer auf den grossen Schiffahrtfriedhöfen - auch die Binnenschifffahrt stöhnt unter dem eisernen Druck der Wirtschaftskrise. Rings um Berlin, in den Häfen und Ladeplätzen der Havel und Spree liegen die plumpen schweren Kähne der Spreeschiffer still und leer im Wasser. Alte, verwitterte Holzkähne, neue Eisenschiffe - zu dreissig und vierzig Stück schaukeln sie leise nebeneinander. An Deck spielen Kinder, Frauen stehen beisammen. Sie haben schweigsame und bekümmerte Gesichter. Manchmal sieht man an Deck einen kleinen Kasten mit Blumen, ein bisschen Grün zwischen den braunen Holzwänden. Ein andermal hängt Wäsche quer über das Schiff, aus einer Kajüte kommt blauer Rauch, ein Hund bellt. Man ruft vom Ufer aus hinüber, man fragt, bekommt Antwort, ein Gespräch kommt zustande. "Wielange liegen Sie schon hier?" "Seit März", antwortet eine Frau. "Wir haben in diesem Jahr zwei kleine Frachten gehabt, das war alles." Jetzt ist es September. Die Sonne brennt über Mittag noch ein wenig auf die Deckplanken, aber hinter Herbstsonne steht schon das Gespenst des Winters und wirft seinen Schatten.

Es waren nur Frauen auf den Schiffen. Die Schiffer selbst sind in der Stadt. Sie rennen von einem Makler zum andern. Den ganzen Vormittag lang. Sie schnappen sich die niedrigen Frachten einander vor der Nase weg: Eine Ladung Koks vielleicht, Kalk oder Bausteine, Braunkohlen oder Eisenplatten. Aber die meisten kehren am Nachmittag mit leeren Händen zu ihren Schiffen zurück. Die Frauen fragen schon gar nicht mehr. Sie warten auf morgen. Sie warten wenn der nächste Tag nichts bringt, auf den übernächsten. Sie warten eine Woche, Monate - bis endlich der Winter die Flüsse zugefrieren lässt und das Eis die Holzkähne in den Häfen zusammenpresst.

+

In der Stralauer Strasse im Zentrum Berlins, dort wo sich noch enge krumme Strassen nach der Spree zu drängen und man die dumpfen Dampfersignale vom Fluss her hört, ist eine Art Schifferbörse. "Appellraum" nennen es die Schiffer. Ein paar Holzbänke laufen quer durch den Raum und auf den Bänken versitzen sie ihren Vormittag. Buntzusammengewürfelt, Pommern und Schlesier, Sachsen und Märker, Mecklenburger, man erkennt sie an der Sprache. Alte und Junge hocken nebeneinander. Wolken billigen Tabaks dampfen durch den Raum. Die Alten erzählen von früheren Fahrten. Wie sie den ganzen Sommer über mit ihrem Kahn unterwegs waren. Nach Hamburg, von Stettin nach Kosel, dem Oberschlesischen Umschlaghafen. Sie fuhren auf demselben Schiff, das schon der Vater gesteuert hatte. Sie kannten die Oder, die Elbe, die Weichsel. Und im Winter stand irgendwo in einem kleinen Dorf ein Häuschen, in dem konnte man sitzen und warten, bis das Eis zerging, bis das Frühjahr herankam. Damals gab es wohl auch noch eine Schiffer-Romantik, gab es noch die alten Schiffergebräuche. Die Jüngeren, die neben ihnen sitzen, haben anscheinend von diesen beinahe sagenhaften Zeiten nicht mehr viel gespürt. Viele von ihnen haben sich während und nach der Inflation neue eiserne Kähne angeschafft; jetzt sitzen sie da ohne Arbeit, die Kähne rosten und die hohen Amortisationskosten können nicht mehr aufgebracht werden. Sonst waren hierauf der Schifferbörse im Monat durchschnittlich bis gegen 200 Frachten zu vergeben, jetzt sind es nur noch 30 bis 50. Für eine Fracht von

Hamburg nach Berlin erhalten die Schiffer etwa 50 Mark, wie mir ein paar erzählten. Davon sollen bestritten werden: Lebensunterhalt einer ganzen Familie, Steuern, Versicherungsprämien, Zinsen. 14 Tage bis 3 Wochen dauert die Reise. Einer hat sechs Wochen in Stettin gelegen, bekam dann eine Ladung für etwa 120 Mark. Er hatte seine ganze Familie an Bord, der älteste Sohn ersetzte den Bootsmann. Auf seinem Kahn war eine Hypothek von 30 000 Mark eingetragen. Er sagte: "Ich bin 24 Jahre hier im Osten gefahren, aber so ein schlechtes Jahr ist noch nicht dagewesen. Jetzt liegen wir schon wieder über 8 Wochen still und wer weiss, ob es in diesem Jahr noch eine Fracht gibt." Ein anderer hat ein Gesuch aufgesetzt, um Zinsenstundung: "Nach dem ich 27 Jahre als ehrlicher Mann durchs Leben gegangen bin, sehe ich mich nun gezwungen, der Wohlfahrt zur Last zu fallen, um mit meiner Familie nicht zu verhungern, weil mit dem Kahn nichts mehr zu verdienen ist." Der Stand des kleinen Schiffers wird langsam zerrieben und zermahlen.

Man las ihnen die Sorgen vom Gesicht ab. Man las auch Ratlosigkeit und Angst vor dem Untergange. Von Jahr zu Jahr werden die Frachten geringer. Die Eisenbahn beförderte die Güter schneller und billiger. Die Eisenbahnen und die Lastkraftwagen, sagten die Schiffer. Und zwischen Rhein und Weichsel liegen 6 000 Schiffer mit ihren Kähnen da, ohne Beschäftigung. Sie beziehen nun mit ihren Familien Wohlfahrtsunterstützungen. Wenigstens in den grösseren Städten, denn die kleinen Gemeinden können ihnen keine mehr zahlen. Die Unterstützungssummen aber müssen sie später wieder abzahlen, sie werden hinter die erste Hypothek auf das Schiff eingetragen, das in vielen Fällen ohnehin schon bis auf die letzte Planke verschuldet ist. Sie langt aber nicht aus, um das Leben zu bestreiten und daneben noch das Schiff instand zu halten. Betritt man die Wohnung der Schiffer, den Heckkasten, in den eine halbsbrecherisch steile Treppe hinunter führt, so kann man traurige Bilder zu sehen bekommen. Die Schiffer zucken mit den Achseln. Es ist nicht einmal Geld da, um die allernotwendigsten Reparaturen zu machen, geschweige denn etwas für die Bequemlichkeit des Lebens auszugeben. Von der idyllischen Romantik der Spreezillen ist keine Spur zu finden. Im Laufe der Jahre sind Deckbalken und Holzwerk undicht geworden, die paar Möbel, Betten und Küchengerät schadhafte und vernutzt. Nichts kann ersetzt werden. In den engen, von einem dumpfen, modrigen Geruch erfüllten Kästen leben die Schifferfamilien jahraus, jahrein. Es ist ihre Heimat, ihre einzige Bleibe.

Manchmal vergeht ein Vormittag auf der Schifferbörse, ohne dass eine einzige Fracht ausboten wird. Noch im vorigen Jahre löschten die schwedischen Erzdampfer im Stettiner Hafen, die englischen Kohlenschiffe in Hamburg. Die Schiffer fuhren die Erze nach Oberschlesien und brachten auf dem Rückwege Kohlen nach Berlin. Das hat in diesem Jahr fast ganz aufgehört. Und die Frachten sind an sich so niedrig geworden, dass fast kein Verdienst dabei heraushängt. Im vorigen Jahre gab es beispielsweise für den Raummeter Holz noch 2,50 Mark. Heute müssen es die Schiffer für 80 Pfennige laden. Dazu kommt noch das Einkarren, Auskarren und das Aufsetzen an der Abladestelle hinzu. Jetzt hoffen sie noch auf die Rübenenernte. Aber es sind ja viel zu viele. Allein um Berlin herum liegen etwa 2 500 Schiffer ohne Arbeit in den Häfen. Und die grossen Gesellschaften mit ihren schnellen Motorkähnen sind eine gefährliche Konkurrenz. Um 11 Uhr wird die Schifferbörse geschlossen. Die Gespräche verstummen. Die Männer gehen langsam auf die Strasse. Sie haben den schwerfälligen Gang, den man bekommt, wenn man von Kindesbeinen an die Planken eines Schiffes unter sich gehabt hat.

Flugzeugkatastrophe. Am Donnerstag Mittag stürzte im schwedischen Bezirk Jöpping das deutsche Flugzeug D 1812 der Deutschen Verkehrsfluggesellschaft ab. Die vier Insassen der Maschine, darunter der Pilot und ein Photograph + beides

Bayern - kamen ums Leben. Die beiden noch nicht identifizierten Toten sind vermutlich Schweden. Die Maschine war von der Luftbildgesellschaft "Photogrammetrie" für Vermessungsflüge nach Schweden gechartert worden.

Ermordung eines Ehepaares. In der Nähe von Oschersleben wurde der 21 Jahre alte Knecht Walter Zemper verhaftet: Zemper ist geständig, am 12. September gemeinsam mit seinem Freund und dem Schlosser Karl Fleischmann, das Ehepaar Wilhelm Klump in Heteborn (Kr. Oschersleben) ermordet und beraubt zu haben. Nach Fleischmann wird noch gesucht. Die Mörder haben die alten Leute, die im 66. und 67. Lebensjahr standen, nach hartem Kampfe überwältigt und erwürgt. Dann durchsuchten sie die Räume, erbeuteten aber nur 5 Mark und zwei Mäntel, die sie nach ihrer Flucht bei einem Gastwirt in Thale als Pfand zurückliessen, weil sie ihre Zeche nicht bezahlen konnten.

Die Mordkommission der Landespolizei fand bei ihrer Untersuchung im Klump'schen Hause u. a. einen Knopf, der einem der Täter im Handgemenge abgerissen worden war. Auf diese Weise wurde Zemper ermittelt, der früher bei Klump als Bauernknecht angestellt war. Als Zemper verhaftet wurde, leugnete er die Tat; er bequeme sich erst zu einem Geständnis, als er zu einem Lokaltermin nach Heteborn gebracht werden sollte. Er nannte Fleischmann als Mittäter.

150 000 Gulden unterschlagen. Ein Beamter des Niederländischen Finanzministeriums hat in den letzten 5 Jahren mit Hilfe falscher Buchungen 150 000 Gulden unterschlagen. Der Beamte entzog sich seiner Verhaftung, indem er sich in einem Abteil eines Zuges zwischen Utrecht und Arnhem erschoss. Der Vorgesetzte des ungetreuen Beamten ist auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden.

Der Berliner Juristenskandal. Die amtliche Untersuchung über den Fall Glade-Stinnes schreitet fort. Ueber den früheren Assessor Glade, der von Stinnes für seine seltsame Vermittlertätigkeit im Kriegsanleiheaufwertungsprozess erhebliche Zuwendungen bezogen und weitere, um die er sich betrogen fühlte, eingeklagt hat, ist inzwischen weiteres Belastungsmaterial bekannt geworden. Glade unterhielt während seiner Tätigkeit als Gerichtsassessor enge Beziehungen zu einem bekannten Berliner Häusermakler, der in Steuer- und deshalb in Gerichtsschwierigkeiten geraten war. Glade hat den betreffenden Häusermakler "beraten" und scheint dafür bezahlt worden zu sein. Wie weit die Ehefrau Glades nun ihrerseits den Vorsitzenden des Stinnesprozesses, Landgerichtsdirektor Arndt, ausgehorcht oder gar beeinflusst hat, lässt sich noch nicht sagen. Immerhin wird dem Landgerichtsdirektor Dr. Arndt aufgrund der angestellten Ermittlungen "fahrlässiges Verhalten" zur Last gelegt. Der Disziplinarsenat des Kammergerichts hat deshalb das förmliche Disziplinarverfahren gegen Arndt eröffnet und die Amtssuspension angeordnet.

Verhaftete Mörder. Von Beamten der Dresdner Kriminalpolizei wurden der Kaufmann Stefan und der Installateur Bulbin verhaftet. Beide sind geständig, ihren früheren Freund, den Gärtnergehilfen Bruno Hecht, erschossen zu haben. Hecht wurde am 13. September in der Nähe von Stetzsch an der Einmündung des Zschonerbaches in die Elbe mit einer Schusswunde im Kopf tot aus der Elbe gezogen. Wer von den Tätern die Anregung zu dem Verbrechen gegeben hat, weiss man noch nicht. Fest steht aber, dass beide schon vor einigen Wochen einen Giftmordversuch an Hecht begangen haben, indem sie ihm auf einem Spaziergang eine mit Rattengift beschmierte Schnitte anboten. Das Motiv der Tat scheint in einer Liebesaffäre zu suchen zu sein; ausserdem dürften materielle Gründe eine Rolle spielen.



Neue Kurzarbeiterunterstützung.

Erläuterungen der Neuregelung

SPD. An der Neuregelung in der Kurzarbeiterunterstützung interessiert besonders die Frage, wer überhaupt Kurzarbeiterunterstützung beziehen kann. Das Recht ist an vier Voraussetzungen geknüpft:

1. Die Arbeitnehmer müssen in einem gewerblichen Betrieb, in dem regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer tätig sind, beschäftigt sein. Nach Paragraph 105 der RGO zählen folgende Betriebe zu den gewerblichen Betrieben: Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüche, Gruben, Hüttenwerke, Fabriken, Werkstätten, Zimmerplätze, Bauhöfe, Werften, Ziegeleien, Bauten aller Art. Arbeitnehmer, die in einem Betrieb beschäftigt sind, der hier nicht aufgeführt worden ist, können keine Kurzarbeiterunterstützung beziehen.

2. Die Arbeitnehmer müssen in einer Kalenderwoche infolge von Arbeitsmangel 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage gearbeitet haben. Auch ein Wochenfeiertag wird als Ausfalltag gezählt, falls er nach dem Arbeitsplan auch als Werktag für den Kurzarbeiter arbeitsfrei geblieben wäre. Dies ist so zu verstehen: Fällt in eine Woche z.B. auf den Mittwoch ein Feiertag, so wird dieser Mittwoch als Ausfalltag gezählt, falls der Mittwoch auch sonst ausgefallen wäre. Auserdem ist noch folgendes zu beobachten: Wird in einer Kalenderwoche voll oder kurz gearbeitet und in der anschliessenden Woche ganz gefeiert, so steht der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in jeder Kalenderwoche gleich. Wird also in der ersten Woche vier Tage gearbeitet und in der anschliessenden Woche überhaupt nicht, so sind in dieser Doppelwoche insgesamt acht Arbeitstage ausgefallen. Da nun der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in jeder Kalenderwoche gleich steht, so kommen für die beiden Wochen, da acht Arbeitstage ausgefallen sind, für jede Woche vier Ausfalltage in Frage.

3. Die Arbeitnehmer müssen in einer gegen Arbeitslosigkeit versicherten Beschäftigung stehen.

4. Das Arbeitsentgelt muss sich durch die Kurzarbeit, d.h. um die Ausfalltage entsprechend verringern.

Die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung bestimmt sich nach der Lohnklasse, der man angehört, nach der Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen und nach der Zahl der ausfallenden Arbeitstage.

Für die Einstufung in eine Lohnklasse ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das der Kurzarbeiter in der Unterstützungswoche bei voller Beschäftigung in der betriebsüblichen Zahl von Arbeitsstunden verdient haben würde. Kommt z.B. ein Verdienst von 40 Mark in Frage, so hat die Einstufung in die Lohnklasse VII zu erfolgen.

Kurzarbeiterunterstützung wird insoweit nicht gewährt, wenn der Kurzarbeiter an den ausgefallenen Arbeitstagen andere entgeltliche Arbeit zu verrichten ablehnt.

Kurzarbeiterunterstützung kommt nur in Frage, wenn in dem Betrieb oder in einer Abteilung des Betriebes unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage ausgefallen sind.

In jeder Kalenderwoche müssen mindestens zwei Arbeitstage und zwar für

die Mehrheit der Arbeitnehmer im Betrieb bzw. der Abteilung durch Kurzarbeit oder Aussetzen ausfallen und dadurch das Arbeitsentgelt entsprechend verringern.

Kurzarbeiterunterstützung darf erst gewährt werden, nachdem dem Arbeitsamt angezeigt worden ist, dass in dem Betrieb kurzgearbeitet wird. Die Unterstützung beginnt frühestens mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem Arbeitsamt folgt.

Wird der Bezug der Kurzarbeiterunterstützung unterbrochen, so kann die Unterstützung erst wieder gewährt werden, wenn die Wartezeit und die Anzeigeneinheit erfüllt ist. Die Wartezeit kann ganz oder teilweise in der Zeit der Unterbrechung liegen.

Nicht als Unterbrechungen gelten, wenn in einer Kalenderwoche zwei volle Arbeitstage infolge Arbeitsmangel ausgefallen sind. Des weiteren gilt nicht als Unterbrechung, wenn der Ausfall für sich allein nicht mehr als drei zusammenhängende Kalenderwochen und, frühere kurzfristige Unterbrechungen zusammen gerechnet, innerhalb des letzten Jahres nicht mehr als acht Wochen beträgt. Kurzfristige Unterbrechungen, die vor dem 1. Juli 1931 liegen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die Kurzarbeiterunterstützung wird versagt oder entzogen, wenn dem Kurzarbeiter anderweitig Arbeit nachgewiesen werden kann. Die Vorschriften über die Verhängung von Sperrfristen finden sinngemäße Anwendung.

Für die Stellung des Antrags ist das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk der Kurzarbeiter wohnt. Den Antrag auf Kurzarbeiterunterstützung kann der Arbeitgeber oder die Betriebsvertretung stellen und, sofern eine solche nicht besteht, jeder Kurzarbeiter für alle Kurzarbeiter des Betriebes. Die vorgesehene Anzeige hat der Arbeitgeber zu erstatten. Unterlässt er sie, so kann sie von der Betriebsvertretung oder, sofern eine solche nicht besteht, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erstattet werden. Ist die Anzeige unterblieben, so gilt der Antrag zugleich als Anzeige. Der Arbeitgeber hat die Kurzarbeiterunterstützung auf Verlangen des Arbeitsamtes kostenlos zu errechnen und auszuführen. Der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamtes kann die Kurzarbeiterunterstützung für Bezirke oder Berufe ausschließen, in denen kein Bedürfnis dafür vorliegt.

SPD. Die kommunistische RGO versucht in Berlin mit allen Mitteln Einfluss auf die Belegschaft der Berliner Verkehrsgesellschaft zu gewinnen, die etwa 23 000 Mann stark ist. Zu diesem Zwecke werden die Freien Gewerkschaften nach allen Regeln der Kunst verleumdet. Als Antwort berief der freigewerkschaftliche Arbeiterrat der B.V.G. am Mittwoch in sechs grossen Sälen eine Vollversammlung des Personals ein, in der er Bericht über seine Tätigkeit erstattete. Die Versammlungen gestaltete sich zu einer vernichtenden Niederlage der RGO. Gegen vereinzelte Stimmen wurde dem in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Betriebsrat der B.V.G. Entlastung erteilt und seine Politik gebilligt.

SPD. In Düsseldorf hat die kommunistische RGO einen ihrer bekannten Streiks durchgeführt. Die Streikabstimmung kam mit Hilfe von Wohlfahrtsverbänden und Arbeitslosen zustande. An dem Streik beteiligte sich aber nur ein Bruchteil der Gemeindearbeiter. Dass dieser Streik nicht gut ausgehen konnte, das sahen auch die kommunistischen Führer ein. Natürlich versuchten die Drahtzieher, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Einer der Vorkämpfer der RGO war der Obmann des Betriebsrates des städtischen Fuhrparks. Als die

Situation in Düsseldorf brenzlich wurde, setzte er sich hin und schrieb folgenden Brief an die Betriebsleitung:

"Düsseldorf, den 26. August 1931.

Herr Wings, Oberschirrmeister.

Teile Sie mit, dass ich vom Arzt von morgen, den 27. August 1931 ab arbeitsunfähig geschrieben bin und gleich zur Spezialuntersuchung erscheinen werde. Werde also meine Arbeitsunfähigkeit gleich morgen in der Krankenkasse melden".

Dieser Brief zeigt, wie gewissenlos die kommunistischen Agitatoren mit den Arbeitern umgehen.

SPD. Wie der Deutsche Bauwerksbund mitteilt, betrug die Arbeitslosigkeit in der letzten Augustwoche 61,69 Prozent der gesamten Mitgliedschaft. Im ganzen Bundesgebiet wurden 13,200 arbeitslose Maurer gezählt. Die Erwerbslosigkeit hat binnen zwei Wochen um 11 000 Mann zugenommen. Am katastrophalsten ist die Arbeitslosigkeit im Bezirk Dortmund, wo 80 Prozent der Mitgliedschaft erwerbslos sind. Dann folgen die Bezirke Köln, Breslau und Frankfurt. Am günstigsten ist die Lage im Bezirk Rostock; aber auch hier sind 50 Prozent der Mitglieder ohne Arbeit.

SPD. Die Massenkündigungen im Ruhrrevier nehmen immer grösseren Umfang an. So hat die Verwaltung der zum Lothringenkonzern gehörenden Zeche "Präsident" Antrag auf Entlassung von 300 bergarbeitern gestellt. Der zu den Vereinigten Stahlwerken gehörende Bochumer Verein beantragte, das Röhrenwalzwerk Hoentrop still zu legen. Betroffen werden hier, falls die Stilllegung durchgeführt wird, etwa 700 Mann.

SPD. Wie schwierig die Arbeitsmarktlage in Nordamerika geworden ist, geht daraus hervor, dass sich zur Teilnahme an dem Examen für Junior- und Unterbeamte verschiedene Abteilungen des öffentlichen Dienstes nicht weniger als 34 000 Personen meldeten. Während im letzten Jahr noch 50 Beamte eingestellt werden konnten, dürfte diese Zahl dieses Mal nicht erreicht werden. Auf nicht einmal 50 offene Stellen kommen also über 34 000 Bewerber.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat das für die rheinisch-westfälische Zentralheizungsindustrie abgeschlossene Gehaltsabkommen mit Wirkung vom 1. September für allgemein verbindlich erklärt.



Eine schlimme Bilanz.

Kohle, die nicht zu verkaufen ist.

SPD. Der deutsche Kohlenbergbau steht unter dem härtesten Druck der Krise, besonders arg wurde er im laufenden Jahr von der Krisenflut überschwemmt. Durch Arbeiterentlassungen und Feierschichten wurde die Produktion tief herabgedrückt:

Produktion in 1 000 Tonnen.

	<u>Steinkohle</u>	<u>Koks</u>	<u>Braunkohle</u>	<u>Braunkohlenbrikett</u>
1. Halbjahr 1929	78 484	18 598	84 619	20 338
1. Halbjahr 1930	73 344	12 472	71 770	16 608
1. Halbjahr 1931	60 262	11 972	62 527	14 749

Der Produktionsrückgang beträgt im ersten Halbjahr 1931 gegen dieselbe Zeit des Vorjahres für Steinkohle 13,082 Mill.to = 21,7 %, Koks 5,52 Mill.to. = 31,61 %, Braunkohle 9,243 Mill.to = 12,87 % und für Braunkohlenbriketts 1,959 Mill.to = 11,79 %. Noch wesentlich höher ist der Produktionsrückgang gegen das erste Halbjahr 1929. Allerdings war 1929 ein Jahr ausserordentlich guter Konjunktur. Dennoch ist der Produktionsrückgang enorm hoch. Er beträgt, wie sich aus der Tabelle ergibt, für Steinkohle 18,222 Mill.to = 23,2 %, Koks 6,686 Mill.to = 35,62 %, Braunkohle 22,092 Mill.to = 26,46 % und für Braunkohlenbriketts 5,569 Mill.to = 27,48 %. Das sind Produktionsausfälle von nicht geahnter Höhe. Besonders stark tritt der Rückgang der Kokserzeugung hervor. Darin spiegelt sich die Krise in der Eisenindustrie wieder, die in normalen Zeiten der grösste Koksverbraucher ist. Fast 90 % des deutschen Eisenhüttenkoks werden im Ruhrbergbau erzeugt. Deshalb ist auch dort der grösste Produktionsrückgang festzustellen. Nur das Kohlenbecken bei Aachen konnte auch in der Krise, im Gegensatz zu allen anderen Revieren, seine Produktion steigern, weil es durch seine Lage an der Grenze begünstigt und durch Besitzverhältnisse mit dem Ausland verflochten ist. Wie sich in den anderen Bezirken die Förderung entwickelte, zeigt folgende Tabelle:

	Ruhr=revier	<u>Steinkohlenförderung in 1 000 Tonnen:</u>			
		Oberschl.	Nieder=schles.	Sachsen	Nieder=sachsen
1. Halbjahr 1929	59 231	10 588	3 021	2 062	738
1. Halbjahr 1930	55 911	8 677	2 910	1 801	752
1. Halbjahr 1931	40 012	8 234	2 330	1 606	692

Die Steinkohlenförderung ist im ersten Halbjahr 1931 gegen dieselbe Zeit von 1930 zurückgegangen: im Ruhrrevier um 11,899 Mill.to = 21,28 %, Oberschlesien um 44 300 to = 5,1 %, Niederschlesien um 580 000 to = 19,93 %, Sachsen um 20 300 to = 11,22 % und Niedersachsen um 60 000 to = 8 %. Gegen 1929 beträgt der Rückgang im Ruhrrevier 15,219 Mill.to = 25,69 %, Oberschlesien 2,35 Mill.to = 23,16 %, Niederschlesien 69 100 to = 23,2 %, Sachsen 456 000 to = 22,11 % und Niedersachsen 46 000 to = 6,23 %. Den geringsten Rückgang hat das kleine Revier Niedersachsen aufzuweisen, während der grosse Ruhrbergbau am härtesten und nachhaltigsten betroffen wurde.

Die stark zurückgegangene Produktion konnte leider noch nicht einmal voll

abgesetzt werden. In den Steinkohlenrevieren lagerten am 30. Juni 1931, ohne Bestände bei den Syndikaten und dem Kohlenhandel, 5,19 Mill. Tonnen Steinkohle und 5,95 Mill. to Koks. Rechnet man Koks auf Steinkohle um, dann ergeben sich 12,9 Mill. to Steinkohle als nicht abgesetzt Haldenbestände. Diese Mengen entsprechen einer Produktion von fast 6 vollen Wochen, wenn man der Berechnung die jetzige arbeitstägliche Förderung zugrunde legt. Sie ist eine umsoweniger leicht zu nehmende Last, weil der grösste Teil des Wertes für Produktionskosten ausgegeben wurde.

Nun werden immer wieder Massnahmen diskutiert, die darauf abzielen sollen, die Haldenbestände abzusetzen und in den Verbrauch überzuführen. Dabei wird vor allem der Gedanke betont, das durch kräftige Preisabschläge zu erreichen. Gegen Preissenkungen, die kalkulatorisch möglich sind, soll hier kein Wort gesagt werden. Falsch ist aber die Meinung, dass die grossen Haldenbestände an Brennstoffen durch kräftige Preisabschläge in Bewegung gebracht werden könnten. Die Kohle ist zwar ein Urstoff des industriellen Lebens, aber sie wird nur abgesetzt werden können, wenn Bedarf vorhanden ist, genau so wie nur dann Ziegel gekauft werden, wenn ein Haus zu bedachen ist. Die Haldenbestände an Brennstoffen sind eine Folge der Wirtschaftskrise und des von ihr ausgehenden fehlenden Bedarfs. Die Kohle ist auch keine Lagerware, die man für künftigen Bedarf kauft; denn sie wird durch längeres Lagern nicht besser. Dashedält die Verbraucher zurück, sich mit Kohle auf weitere Sicht, selbst bei niedrigstem Preisstand einzudecken, weil kein Vorteil dabei erzielt wird. Wie sehr der innerdeutsche Bedarf an Kohle unter dem Druck der Krise gesunken ist, zeigt folgende Tabelle:

	<u>Kohlenverbrauch in 1 000 Tonnen</u>	
	Kohle nach dem Heizwert auf Steinkohle umgerechnet	Nur Steinkohlenverbrauch, Koks. auf Steinkohle zurückgerechnet
1. Halbjahr 1929	83 875	64 535
1. Halbjahr 1930	66 758	51 539
1. Halbjahr 1931	60 914	45 698

Im ersten Halbjahr 1930 war der Gesamtkohlenverbrauch - darin ist die Braunkohle, nach dem Heizwert auf Steinkohle umgerechnet, enthalten 17,117 Mill. to = 20,4 % und der Steinkohlenverbrauch allein 12,996 Mill. to = 20,13 % geringer als im ersten Halbjahr 1929. Im ersten Halbjahr 1931 aber war der Gesamtkohlenverbrauch 22,961 Mill. to = 27,37 % und der Steinkohlenverbrauch allein 18,837 Mill. to = 29,18 % geringer als in derselben Zeit des Jahres 1929. Die Zahlen beweisen die Wirkung der Wirtschaftskrise auf den Kohlenverbrauch. Dabei wurde der amtliche Kohlenpreis im vergangenen Herbst nicht unbeträchtlich herabgesetzt, wobei sich, eben als Folge der Wirtschaftskrise, die Tatsache ergab, dass der Verbrauch weiter zurückging.

Die Lage im Steinkohlenbergbau ist alles andere als gut. Sie wird, abgesehen von den Krisenwirkungen, noch durch hemmungslose Konkurrenzkämpfe auf den internationalen Absatzmärkten verschlechtert, wo ein Land das andere im Preis zu unterbieten und aus dem Felde zu schlagen versucht. Nur indem ernsthaft versucht wird, sich international über Absatz und Erlöse zu verständigen, kann die Lage nicht nur im deutschen, sondern auch im europäischen Steinkohlenbergbau gebessert und stabilisiert werden.

Heinrich Löffler

SPD. Nach dem Reichsbankausweis vom 15. September hat sich der gewährte Kredit um 126 Millionen Mark auf 3153,8 Millionen Mark verringert, während er Mitte August 3306,8 Millionen Mark ausmachte. Die Lombardkredite sind um 12,3 Millionen Mark auf 163,7 Millionen Mark angestiegen. Die Steigerung hängt wohl mit der Wiedereröffnung der Börsen zusammen. Die Reichsbank hatte sich nämlich, um die Rentenmärkte zu stützen, zu einer weitherzigen Hergabe von Lombardkrediten bereit erklärt. Der Wechselkredit ging um 152,6 Millionen Mark auf

2868,8 Millionen Mark zurück. (Mitte August = 3104 Millionen Mark). Insgesamt ist der zur Ueberziehung des Augustultimos bereit gestellte Kredit so gut wie völlig zurückgezahlt.

In den Gold- und Devisenbeständen sind Verluste eingetreten, die mit 42,7 Millionen Mark (Gesamtbestand 1728,2 Millionen Mark) sichtbar gemacht werden. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,6 Millionen Mark auf 1372,1 Millionen Mark zugenommen, während die Devisenbestände sich um 44,3 Millionen Mark auf 356,2 Millionen Mark verringerten. Die Entwicklung dürfte auf die in Kraft getretene Stillhalterregelung zurückzuführen sein, die u. a. eine Freigabe der durch das Ausland in Deutschland unterhaltenen Markguthaben vorsieht.

Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen beträgt 40,7 Prozent gegenüber 41,3 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Die von Hugenberg beherrschte UFA, Universum Film Aktiengesellschaft legt ihren Jahresabschluss für das am 31. Mai beendete Geschäftsjahr 1930/31 vor. Seit der Sanierung der UFA im Sommer 1927, bei der von den 45 Millionen Kapital rund 30 Millionen als verloren abgeschrieben werden mussten, bringt das jetzt abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 die erste Dividende.

Der Betriebsüberschuss erhöhte sich im letzten Jahr von 22,2 auf 30,4 Millionen Mark, während Handlungskosten mit 2,48 und Steuern mit 4,48 Millionen nur ganz unwesentliche Veränderungen zeigen. Die Abschreibungen dagegen wurden beträchtlich heraufgesetzt und belaufen sich auf 18,8 gegen 14,1 Millionen, was der Geschäftsbericht damit begründet, dass die neuen Atelieranlagen und Tonfilmeinrichtungen erstmalig ein volles Jahr umfassen. Trotz dieser enormen Abschreibungen, in die zweifellos erhebliche Rückstellungen einbezogen sind, verbleibt ein Reingewinn von mehr als 3 Millionen Mark gegen nur 14 248 Mark im Vorjahr, aus dem eine Dividende von 6 % ausgeschüttet wird.

In der Bilanz haben sich die flüssigen Mittel mit 14,5 gegen 7,3 Millionen nahezu verdoppelt, andererseits sind aber auch die Schulden von 9,6 auf 11,4 Millionen gestiegen. Der Wert der fertigen Filme beläuft sich nach Abschreibungen von 14 Millionen auf 20,1 gegen 21,8 Millionen im Vorjahr, wobei die alten stummen Filme der letzten Jahre, die in der Bilanz von 1930 noch mit 3,5 Millionen zu Buche standen, restlos abgeschrieben wurden.

Der Geschäftsbericht führt die Erfolge des letzten Jahres auf die erstmalig volle Auswirkung des Tonfilmgeschäftes zurück. Die Produktion umfasste im Berichtsjahr 105 Filmfassungen, darunter 20 Spielfilme mit 5 fremdsprachigen Fassungen. Die Kopierleistung der A.G. für Filmfabrikation konnte von 20 auf 30 Millionen Meter, also um 50 Prozent steigen. Auch der Umsatz im Verleihgeschäft erhöhte sich um rund 60 % auf 20 Millionen Mark. Nach dem Geschäftsbericht hat sich trotz der anhaltenden Krise auch im neuen Geschäftsjahr die Lage bei den Filmbetrieben und -Theatern gut gehalten. Die Ausnutzung der Ateliers konnte gegenüber dem Vorjahr von 64 auf 83 Prozent gesteigert werden.

SPD. In weiten Kreisen des deutschen Unternehmertums hat sich die merkwürdige Theorie herausgebildet, durch eine scharfe Steigerung der Warenausfuhr den Absatzausfall in der deutschen Wirtschaft auszugleichen. Mit Export sollte alles gemacht werden. Die Träume von einem deutschen Warendumping auf den Weltmärkten haben nicht zuletzt zu der scharfen Lohnabbauoffensive des deutschen Unternehmertums geführt.

Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die deutsche Warenausfuhr ist während der Krise immer weiter zusammen geschrumpft. Allerdings hat sich der

deutsche Export besser gehalten als der Export anderer Länder. Das konnte immerhin zu der Annahme verführen, dass an der Dumpingtheorie des deutschen Unternehmertums doch etwas sei. Mit dieser Annahme räumt der letzte Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstituts gründlich auf.

Das Institut stellt fest, dass die Ausfuhrpreise für deutsche Fertigwaren - die Fertigwarenausfuhr ist der wichtigste Posten in der deutschen Ausfuhrbilanz - vom ersten Halbjahr 1929 zum ersten Halbjahr 1931 um nicht weniger als 12 Prozent gesunken sind. Demgegenüber haben sich die Exportpreise der englischen Industrie bei weitem nicht so stark gesenkt. Lässt man die Textilausfuhr, die bei Deutschland und England sehr verschieden ist, fort, so ergibt sich dass die deutschen Exportpreise etwa um 10 Prozent, die englischen aber nur um 6 % fielen. Man muss auch damit rechnen, dass die Preise weiter fallen werden sobald in den kommenden Herbstmonaten der Konkurrenzkampf auf dem Auslandsmarkt schlimmer wird. Nach der Betrachtung des Konjunkturforschungsinstituts wird man wohl in Einzelfällen den Export zu Schleuderpreisen mengenmässig steigern können, für die Gesamtheit der Ausfuhr wird diese Möglichkeit aber nur von geringer Bedeutung sein. Die Gefahr der Verlustpreise rückt immer näher.

Hoffentlich zieht das deutsche Unternehmertum aus diesen Feststellungen die richtige Lehre. Mit Export kann man den fürchterlichen Absatzausfall auf dem deutschen Markt nicht ausgleichen. Die Rettung kann nur darin liegen, dass man den Absatz im Lande selbst fördert, und das geht nur durch eine völlige Umstellung der Lohnpolitik. Es muss Schluss gemacht werden mit dem Lohnabbau. Man muss durch Lohnerhöhungen wieder zu einer Absatzbelebung kommen.

SPD. Wie mag das Ausland über die einmal nicht wegzuleugnender Tatsache denken, dass die schwere Vertrauenskrise in Deutschland durch leichtfertige und unverantwortliche Führung grosser Industriekonzerne, durch das völlige Versagen der Aufsichtsinstanzen und der Banken sowie durch die Passivität, die die Regierung gegenüber diesen Zuständen wahrte, hervorgerufen wurde? Als Sozialdemokratie und Gewerkschaften diese unhaltbaren Zustände an den Pranger stellten und grundlegende Reformen zur inneren Bereinigung der Wirtschaft und zur Wiederherstellung des erschütterten Vertrauens forderten, erhob sich im Lager des Unternehmertums, besonders in der Schwerindustrie, ein Entrüstungssturm und man versuchte wieder einmal nach den Zusammenbrüchen und den Skandalen, nach dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaftsführung für alles Unheil der marxistischen Wirtschaftspolitik die Schult zuzuschieben. Ganz besonders tat sich mit derartigen Ablenkungsmanövern und Verdrehungsversuchen die deutsche Schwerindustrie durch ihr Organ "Die deutsche Bergwerks-Zeitung" hervor. Es wirkt nun geradezu erheiternd, wenn man nunmehr in dem gleichen Organ in einer Stellungnahme des Auslands zu den deutschen Verhältnissen unsere Anklagen und Forderungen voll bestätigt findet.

Die "Bergwerks-Zeitung" bringt periodisch von ihrem holländischen Mitarbeiter Berichte. In dem letzten holländischen Wirtschaftsbrief heisst es wörtlich:

"Die Ereignisse der letzten Monate haben ein Schlaglicht auf Zustände geworfen, wie sie kaum einmal in der Welt vorgekommen sind. Wie es möglich war, dass solche unsinnigen Kredite an einzelne Konzerne gegeben wurden, ist besonders dem Ausland unverständlich.... Aufsichtsräte mit gesundem Menschenverstand zeichnen doch solch eine verwickelte Bilanz nicht ohne einen Buchprüferbericht. Oder ging es den Leuten nur um die Tantieme und legten sie ihre Banken herein, indem sie beide Augen schlossen... In den meisten Fällen fliesst die Tantieme ganz in die Tasche des von seiner Bank in den Aufsichtsrat delegierten Direktors.... Wenn deutsche Werte so wenig gelaufen werden in der Welt, so ist das die Schuld der Geschäftslei-

tungen, die alle diese Misstände zur Genüge kennen. Ein weiteres Element des Misstrauens ist die Langmut, mit der Staat und Aktionäre die schuldigen Leiter der Gesellschaften und Finanzinstitute behandeln, die durch ihre Schuld die Katastrophe der letzten Monate herbeigeführt haben."

Wir haben dieser Beurteilung - oder, besser gesagt, Verurteilung -, die übrigens vom gesamten Ausland geteilt wird, nichts hinzuzufügen. Hier wird klipp und klar der deutschen Öffentlichkeit in dem Organ der Schwerindustrie dargelegt, wer die Schuld und die Verantwortung für die völlige Vertrauenserschütterung trägt. Wenn man das nach den Vorgängen der letzten Monate durch die offen zutage getretene Miswirtschaft der Industriekonzerne entstandene schärfste Misstrauen des Auslands gegenüber der Wirtschaftsführung in Deutschland beseitigen will, so muss man weitreichende Kontrollen und Verschärfungen der Verantwortlichen schaffen, wie sie in unseren Forderungen zur Aktienrechtsreform und zur Bankenaufsicht enthalten sind. Mit Halbheiten wird man freilich keine wirtschaftliche Bereinigung und keine Festigung des Vertrauens erreichen können.

In dem zitierten holländischen Urteil wird übrigens noch eine Mahnung ausgesprochen, die in dem Organ der Schwerindustrie noch merkwürdiger anmutet. Es heisst nämlich hinsichtlich der Bezüge der Wirtschaftsführer, dass man sich auch hier umstellen müsse, dass "aufreizende Bezüge der leitenden Personen auf das vernünftige Mass gebracht werden müssen", und dass auch die Schleichwege der Verdienstmöglichkeiten für die Leitung der Unternehmungen, "die vielen unnötigen Repräsentationskosten, die delegierten Aufsichtsratsstellen" verschwinden müssen.

So denken selbst die ausländischen Freunde der deutschen Grossindustrie. Viel schärfer urteilt die breite öffentliche Meinung des Auslands. Wir warten auf Konsequenzen, die die Grösstverdiener der Schwerindustrie aus diesen freundschaftlichen Mahnungen ziehen werden!

SPD. Die Bombe bei Schweitzer & Oppler ist endlich geplatzt. Das Betrugsdezernat der Berliner Kriminalpolizei hat am Donnerstag Schritte unternommen, um die Bücher der Firma sicher zu stellen. Allerdings kommen die vorsorglichen Massnahmen der Polizei reichlich spät. Wir befürchten, dass man bei Schweitzer und Oppler die Schonzeit benutzt hat, um aus schwarz weiss zu machen.

Schweitzer & Oppler sind das repräsentative Unternehmen im Schrotthandel. Hauptaktionäre sind die Grössen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Der Skandal bei Schweitzer & Oppler ist also ein ausgesprochen schwerindustrieller Skandal, der sich den Fällen Favag, Nordwolle, Cords, Blumenstein usw. würdig zugesellt. Das Unternehmen hat in ganz kurzer Zeit Verluste erlitten, die das sechsfache des Aktienkapitals betragen. Dabei haben sich recht merkwürdige Dinge abgespielt. Einmal sind spekulative Geschäfte gemacht worden, dass man den im Aufsichtsrat vertretenen Grossaktionären Vorzugspreise gewährte. Auffällig ist auch, dass sich die Grossaktionäre bereit erklärt haben, einen Teil des Verlustes aus eigener Tasche zu decken. Man behauptet, dass diese Grossaktionäre an den Spekulationen der Schweitzer & Oppler beteiligt gewesen sind. Hoffentlich gelingt es der Polizei, Klarheit zu schaffen.

SPD. Die nordamerikanische Autoproduktion dürfte nach Schätzungen im laufenden Jahre etwa 2,4 Millionen Stück betragen gegenüber 3,3 Millionen im Vorjahre und 5,6 Millionen im Jahre 1929. Für die Ausfuhr rechnet man im Jahre 1931 mit einer glatten Halbierung.

Fester!

(Berliner Getreidebörse vom 17. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Donnerstag wieder festere Stimmung. Das Angebot an promptem Brotgetreide hat sich verringert. Bessere Weizenqualitäten waren sehr gesucht und erzielten um 2 Mark höhere Preise. Auch geringere Ware fand wieder Beachtung. Roggen war sehr knapp. Da die Mühlen schwach versorgt sind und auch für den Export Ware verlangt wurde, gingen die Preise gleichfalls um 2 Mark in die Höhe. Am Markt der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark höher. Im Verlauf der Börse trat jedoch eine Abschwächung ein. Weizenmehl hatte ruhiges, Roggenmehl laufendes Konsumgeschäft. Für Hafer war die Tendenz freundlicher.

	16. Sept.	17. Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	211 - 213	212 - 214
Roggen	182 - 184	182 - 184
Neue Wintergerste	150 - 158	150 - 157
Hafer	132 - 140	132 - 140
Weizenmehl	26,25 - 32,25	26,25 - 32,25
Roggenmehl	25,25 - 28,00	25,25 - 28,00
Weizenkleie	11,25 - 11,50	11,25 - 11,50
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 228 - 227 $\frac{1}{2}$ -228 (Vortag 226), Oktober 226 $\frac{1}{2}$ -226 (224 $\frac{1}{2}$), Dezember 227 $\frac{1}{2}$ -227 (225). Roggen September 196-194 $\frac{1}{2}$ (194 $\frac{1}{2}$), Oktober 193-192 (190 $\frac{1}{2}$), Dezember 191 $\frac{1}{2}$ -191 (190 $\frac{1}{2}$). Hafer September 142 $\frac{1}{2}$ (142), Oktober 144-144 $\frac{1}{2}$ (143), Dezember 145 (144 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 17. September: A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 11,50, über 60 gr 11, über 53 gr 10,50, über 48 gr 9,75, frische Eier über 53 gr 10, aussortierte kleine und Schmutzeier 7,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 11,75, 17er 11,25, Estländer 17er 10,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10,25. Holländer 68 gr 12, 60-62 gr 11 - 11,25, 57-58 gr 10,50 - 10,75, Bulgaren 10, Rumänen, Ungarn, Jugoslawen je 9 - 9,50, Russen grosse 9, normale 8,50, Polen normale 8,25 - 8,75, kleine Mittel- und Schmutzeier 7. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 7,25 - 9,50. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe, Tendenz ruhig. - Montag, den 21. September keine Notierung.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 17. September. Amtliche Notierung ab Erzeugungstation. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 113, abfallende Sorten 99 RM. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 70.

Berlin, den 7. September 1930.

Erwerbsarbeit der Ehefrau.*

SPD. Der deutsche Juristentag, der kürzlich in Lübeck zusammentrat, hat auch die Frage der Regelung der Rechtsstellung der Frau in der Ehe in seine Verhandlungsgegenstände aufgenommen. Ein Referat dazu hat Marianne Weber, die Witwe des berühmten Nationalökonomens Max Weber, gehalten. Marianne Weber gehört zum alten Stamme der bürgerlichen Frauenbewegung, die seit langer Zeit die Änderung der Stellung der Frau in der Ehe, wie sie das Bürgerliche Gesetzbuch vorschreibt, fordert. Dabei stand immer im Vordergrund die Änderung des ehelichen Güterrechts, das ein von der Frau in die Ehe eingebrachtes Gut der Verwaltung und Nutzniessung des Mannes unterstellt, ferner das einseitige Bestimmungsrecht des Mannes über alle "das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten", besonders über die Kinder. Weniger betont wurde immer die Frage der Arbeit der Frau, die gerade für die proletarische Frau von wesentlicher Bedeutung ist, da sie doch nur selten in der Lage sein wird, dem Manne ein Vermögen als "eingebrachtes Gut" mit in die Ehe zu bringen.

Kann die Frau nun eine Arbeit für einen Dritten ohne weiteres übernehmen, etwa eine Aufwartestelle oder eine Waschstelle, oder muss der Ehemann dabei zustimmen? - An und für sich kann sich eine Ehefrau zu einer solchen persönlichen Arbeit einem Dritten gegenüber ohne Erlaubnis des Mannes verpflichten, aber es ist immerhin sicherer, wenn von vorn herein der Mann der Uebernahme der Arbeit zustimmt. Hat er das nicht getan, so kann er das Arbeitsverhältnis eventuell ohne Kündigungsfrist aufheben. Allerdings braucht er dazu die Zustimmung des Vormundschaftsgerichts, die immer gegeben werden muss, wenn nach seiner Meinung durch die Arbeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt werden. Fast immer aber wird, wenn eine Frau und Mutter ausser dem Hause arbeitet, manches im Hause in der häuslichen Arbeit und Beaufsichtigung der Kinder zurückstehen müssen, und deshalb ist allgemein diese Zustimmung des Vormundschaftsgerichts nicht allzu schwer zu erlangen. Der verständige und gute Ehemann wird es ja meistens dankbar anerkennen, wenn seine Frau ausser dem Hause noch arbeitet und etwas erwirbt. Aber launische Ehemänner, die leicht Streitigkeiten im Haushalt heraufbeschwören, vor allem Trinker, die ja unberechenbar sind, nehmen nicht selten die Gelegenheit wahr, ihrer Frau Schwierigkeiten zu machen, indem sie ein bestehendes Arbeitsverhältnis der Frau plötzlich kündigen. Dabei spielt dann auch die Erwägung eine Rolle, dass das, was die Frau durch solche Arbeit erwirbt, ihr selbständig gehört, nicht als eingebrachtes Gut der Verwaltung und Nutzniessung des Mannes untersteht. Die Frau kann darüber nach freiem Ermessen verfügen, und das passt manchem Ehemann nicht. Hat der Mann vorher der Arbeit der Frau zugestimmt, dann kann er das Arbeitsverhältnis nicht mehr kündigen. Deshalb ist es unter allen Umständen richtiger, wenn die Frau sich vorher die Zustimmung des Mannes sichert. Will er seine Zustimmung unberechtigtweise nicht geben, oder glaubt er es nicht zu können, dann kann die Frau ihrerseits die Zustimmung des Vormundschaftsgerichts zur Arbeit einholen. Das kann geschehen, wenn der Mann krank oder abwesend ist, oder wenn er die Zustimmung ohne genügenden Grund verweigert, sodass sich die Weigerung als ein Missbrauch seines Rechts darstellt.

Weiter kommt für die proletarische oder allgemein die unemittelte Frau die Mitarbeit im Geschäfte des Ehemannes in Frage, soweit diese "in den Ver-

halthissen, in denen die Ehegatten leben", üblich ist. Wenn also der Mann einen kleinen Laden hat und die ganzen Verhältnisse einfach sind, so muss die Frau unentgeltlich mitarbeiten. Der Besitzer eines grossen Geschäfts dagegen kann nicht verlangen, dass seine Frau etwa bei der Buchführung hilft, oder Ähnliches. Übrigens ist eine solche Frau auch noch nicht einmal zu Arbeiten im Hauswesen verpflichtet, da diese Arbeiten "nach den Verhältnissen, in denen sie leben", nicht üblich sind. Es ist unerfreulich, zu sehen, wie ein Gesetz, das gleiches Recht für alle schaffen soll, in dieser Weise zwischen den Pflichten der begüterten und denen der unbemittelten Frau unterscheidet, und es ist dringend nötig, dass diese Ungerechtigkeit bei einer nicht immer wider hinauszuzögernden Reform des Eherechts im Bürgerlichen Gesetzbuch beseitigt wird.

Will eine Frau ein selbständiges Erwerbsgeschäft betreiben, so bedarf sie dazu gleichfalls der Einwilligung des Ehemannes. Was sie in dem so betriebenen Geschäft erwirbt, wird dann wieder ihr freies Eigentum, über das sie nach Belieben verfügen kann.

Henni Lehmann.

Die erste europäische Ärztin.^x

SPD. Wohl hat es auch in früheren Jahrhunderten schon Ärztinnen gegeben. Aber ihre Ausbildung war nie die gleiche wie die ihrer männlichen Kollegen. Sie wurden Ärztinnen aufgrund besonderer Begabung und privater Studien. Die erste europäische Frau, die den medizinischen Dokortitel erwarb, ist die Schweizerin Marie Heim-Vögtlin gewesen. Ihre hohe berufliche Tüchtigkeit erwies die Richtigkeit des Prinzips des Frauenstudiums.

Marie Vögtlin wurde im Jahre 1845 in dem aargauischen Dorfe Bözen als Tochter des dortigen Pfarrers geboren. Von ihrer Mutter hatte sie den Drang nach beruflicher Ausbildung geerbt. In der Stille daheim fühlte sie sich nicht wohl und nahm gern eine Einladung nach Zürich an. Hier wurde sie mit den Strömungen ihrer Zeit bekannt, las die Schriften von Stuart Mill, Thomas Buckle und suchte vor allem Mazzini auf, der 1866 nach Zürich kam. Die Unterredung mit dem grossen italienischen Sozialpolitiker gehörte zu ihren wertvollsten Lebenserinnerungen. In dieser Zeit fasste Marie den Entschluss, Ärztin zu werden. Der Begriff "Ärztin" musste aber eigentlich erst erschaffen werden. Marie Vögtlin war die Kämpferin und Bahnbrecherin, die sich durcharbeiten musste durch den Wust von Vorurteilen und Schwierigkeiten, von denen sich heute die Frauen in den Hörsälen der Wissenschaft kaum noch eine Vorstellung machen. So bedeuten ihre Kämpfe ein Stück Frauengeschichte, ein Stück Kulturgeschichte.

In Zürich waren die wenigen Studentinnen der Universität nur als Hörerinnen zugelassen. Marie Vögtlin musste also dafür kämpfen, als erste regulär immatrikulierte Studierende anerkannt und zu den Prüfungen zugelassen zu werden. Am 9. Januar 1873 machte sie ihr Staatsexamen. Aber noch blieben ihr die Tore zur öffentlichen Ausübung der medizinischen Praxis verschlossen. So ging sie zunächst zu weiteren Studien nach Leipzig, wo sie von den Professoren gut, dagegen von den Studenten sehr unfreundlich aufgenommen wurde. Bald darauf erhielt die junge Ärztin einen Ruf an die Königliche Entbindungsanstalt in Dresden. Hier schrieb sie ihre Doktordissertation. Nun war sie am Ziel. Das Experiment des Studiums war geglückt.

Nach der Gründung einer eigenen Praxis in Zürich zeigte sich bald, dass die Frauenärztin wirklich für die Frauen ein Bedürfnis war. Viele Patienten kamen in ihr Haus, aus dem sich ein Strom von Güte und helfender Liebe in das Leben ergoss. Zur Ausführung ihrer sozialen Ideen verlangte Marie Vögtlin für die Frauen das Stimmrecht. Die Sprechstunde dieser ersten Ärztin wurde schnell eine der meistbesuchten in Zürich. Auch ihre Kollegen zollten ihr Achtung und

Anerkennung. Im August 1894 verlobte sie sich mit Albert Heim, Professor der Geologie an der Universität. Marie wusste, dass der Mann, der sie liebte und hoch achtete, Verständnis hatte für die Aufgabe, die sie sich gestellt hatte. Ihren Beruf fasste sie auf als Menschenpflegerin und Behüterin, als Helferin und Trösterin. Ihre hausfrauulich praktischen Kenntnisse kamen ihr dabei zugute. Von überallher kamen Patientinnen zu ihr, sogar deutsche Fürstinnen stellten sich ein. Sie war eine ausgezeichnete Geburtshelferin. "Das war doch immer das Schönste von der ganzen Berufsarbeit," hat sie einmal geäußert, "diese zwei Leben in den Händen zu halten und sie glücklich über die Gefahren hinwegzubringen." Nach sieben Jahren wurde Marie Heim, die mütterliche Ärztin, selbst Mutter. Bis zum letzten Augenblick vor ihrer Entbindung war sie tätig und gönnte sich auch nach ihrer Niederkunft nicht lange Ruhe. Nun konnte sie aus eigenen Erfahrungen heraus noch hilfreicher wirken. Kurz vor der Geburt ihres zweiten Kindes zogen Heims in ein eigenes "Hüsli" am Zürichberg. Ein drittes Kind starb bald nach der Geburt. Dieser Tod führte die Ärztin dazu, sich mehr noch als früher mit der Säuglings- und Kleinkinderpflege zu beschäftigen.

Frau Heims kühnster Traum war ein von weiblichen Ärzten geleitetes Frauenspital mit einer Pflegerinnenschule. Eine ihrer Schülerinnen half ihr zur Verwirklichung dieses kühnen Planes. Schweizer Frauen lösten die Frage der Finanzierung durch freiwillige Beiträge. Auch hier waren viele Schwierigkeiten zu überwinden. Aber Frau Dr. Heim scheute nie zurück. So wurde am 11. Juli 1899 der Grundstein des Gebäudes gelegt. Es war der Tag, an dem Frau Heim fünf und zwanzig Jahre vorher als erste Ärztin die medizinische Doktorwürde erlangt hatte. Zur Ausstattung eines Kinderzimmers mit Freibett wurden der Jubilarin 7000 Franken überreicht. Am 30. März 1901 konnten Schule und Spital eröffnet werden. Mit grosser Liebe wurden die Patientinnen, vor allem die armen, gepflegt, "weil sie es einmal gut haben sollten im Leben". Das Sonnenland von Frau Dr. Heim aber war die Kinderstube. Wie eine Mutter wurde sie dort von Schwestern und Kindern begrüßt.

In ihren letzten Lebensjahren zog sich Marie Heim, durch Krankheit gezwungen, von ihrem ärztlichen Berufe zurück. Umso mehr widmete sie sich ihrer Familie und der privaten Fürsorge. Am 7. November 1916 endete der Tod dieses reiche Leben.

Anna Bloss.

Moderne Damenbildnisse.^x

SPD. Die Ausstellung "Das Frauenbildnis unsrer Zeit", das der "Verein Berliner Künstler" gegenwärtig veranstaltet, ist weniger in künstlerischer Beziehung interessant als in soziologischer. Was hier geboten wird, ist sozusagen ein Querschnitt durch die Frauenwelt der "Berliner Gesellschaft". Man gewinnt mit Hilfe dieser rund 100 Frauenbildnisse einen Einblick in die Veränderungen, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft der Nachkriegszeit vollzogen haben.

Da ist zunächst einmal der Rest jener Oberschicht, deren Frauen sich mit der Rolle des "Weibchens", des schönen Luxusgegenstandes, begnügen. Sie lassen sich noch immer so malen wie vor Jahrhunderten, etwa seit der italienischen Renaissance: geputzt und aufgemacht, in grossem Staat, wie sie zu Schmausereien und Bällen erscheinen. So sehr auch die gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen ihre Zahl haben zusammenschrumpfen lassen: sie sind immerhin noch so mächtig, dass sie das moderne Stilkleid erzwingen konnten. Die bürgerliche Presse, mit Einschluss der "demokratischen", triumphiert: endlich haben wir wieder eine Kleidung, die die "Dame der Gesellschaft" von der werktätigen Frau unterscheidet! Der sachlich kurzgeschnittene Bubikopf ist geblieben - aber der Körper verschwindet im Faltengewoge des kostbaren Gesellschaftskleides, das sich breit und aufdringlich über das ganze Sofa ergiesst; in einem

Sessel ist für diese Pracht kein Raum. Damen von solchem Umfang müssen in der Mehrzahl angesprochen werden: "Frau Generaldirektor empfangen". Man kann diesen Unfug auch dann mitmachen, wenn man sich sonst durchaus als "moderne" Frau gebildet; wenn man etwa wie Frau Paula Busch einen grossen Zirkus persönlich leitet oder wie Frau von Kardorff-Oheimb die Hände in der grossen Politik hat. Sie hat sich eine Art Diplomatentracht zurechtgelegt, die grosse Katharina: ein rotes Ordensband zieht sich schräg über die nicht mehr reizvolle Brust, und oben an der Schulter klunkert ein ganzes Bündel Kreuzchen und Medaillen herum, die bestimmt nicht von der Republik verliehen worden sind.

Für den Maler ist das ausschliesslich repräsentative Bildnis keine dankbare Aufgabe: die Dame, die da so untätig herumsitzt und die Hände in den Schooss legt - ein Symbol für die Ueberflüssigkeit dieser Hände! -, wird ihm langweilig werden. Und schliesslich wird er sich, wenn er wahrhaft künstlerischen Ehrgeiz besitzt, nicht damit zufrieden geben, dass er Samt, Seide und Pelz malt. Er wird sich bemühen, sein Modell irgendwie in Tätigkeit zu setzen. Er begegnet sich da mit den Bedürfnissen des Modells selber. Die grosse Dame treibt Sport. Das ist durchaus gesellschaftsfähig. Wenn man im Herrensattel reitet, in der knappen englischen Reithose, dann kommt man sich sehr modern, sehr "mondän" vor. Man lässt sich sogar im "Sportdress" malen. Ein junges Mädchen sitzt in einem sehr kurzen weissen Kleidchen da und schlägt zum Ueberfluss noch die Beine übereinander, damit man sich davon überzeugen kann, wie schön braungebrannt diese Beine sind. Als Vorwand für die Enthüllung so leckerer Reize dient ein Rapier, das das kecke Mädchen in der Hand hält: sie ist Fechterin. Für Frau von Kardorff würde sich die Pose bestimmt nicht empfehlen. Ein Maler, dem es, scheint's, besonders gut geht, hat seine Gattin hoch zu Ross porträtiert. Aber das Tier ist besser ausgefallen als die Frau, die darauf sitzt. Ob das der Wirklichkeit entspricht, soll hier nicht untersucht werden.

Bleibt schliesslich noch ein letzter Typ: die Frau im Beruf. Die bürgerliche Frau, wenn sie sich als "Dame" betrachtet, bevorzugt eine künstlerische Tätigkeit. Die Schauspielerin Elisabeth Bergner ist zweimal porträtiert: in "Zivil", lieblich, schlicht, gewinnend, ein reines, zartes Geschöpf - so hat sie Emil Orlik wiedergegeben -, und auf der Bühne - aber da ist sie verzerrt, aufgewühlt, geschminkt, recht greulich anzusehen. Keine Brücke führt von der einen zur andern Auffassung. Die Bildhauerin Renée Sintenis wiederum ist von sympathischer Schlichtheit, von jener junglinghaften Schlankheit, die man heute nicht mehr "trägt", weil man für die pompösen, bauschigen Kleider "vollschlanke" Figuren braucht. Noch einen Schritt weiter, und das snobistische Mannweibtum kommt heraus mit scharfem Herrenschnitt, eckigen Zügen und, wenn das noch nicht genügt, einem eingeklemmten Monokel, das man in den Kaffeehäusern am Kurfürstendamm "fabelhaft" findet: die Journalistin.

Eine bunt zusammengewürfelte Musterkarte - selbst der exotische Einschlag darf nicht fehlen: eine Inderin und eine Japanerin sind gnädig zugelassen worden. Nur eine Frau passt nicht in diese feine Gesellschaft und ist wohl nur aus Versehen hereingelangt: eine junge Mutter mit zwei Kindern.....

Hermann Hieber.

Fischvergiftung.^x

SPD. Zahlen beweisen! Kein denkender Mensch wird sich deshalb der Ueberzeugungskraft der Tatsache entziehen können, dass in den Jahren 1900 bis 1910 fachwissenschaftlich und amtlich wohl 261 Vergiftungsepidemien durch Fleisch- und Fleischware, dagegen nur ganze 4 Fälle von Fischvergiftungen gleicher Art in Deutschland festgestellt sind. Im Jahre 1927 sind laut Veröffentlichung der "Tierärztlichen Wochenschrift" 90 Fälle von Fleischvergiftungen und nur 6 Fälle von Geflügel- und Fischvergiftungen vorgekommen. Die Besorgnis weiterer Kreise vor Fischvergiftungen ist daher nicht in dem Masse begründet, wie wir

ihr oft begegnen. In den meisten Fällen, z.B. bei den Massenerkrankungen im Asyl für Obdachlose in Berlin vor etlichen Jahren und in anderen amtlich untersuchten Fällen hat sich hinterher das Gerücht der Fischvergiftung als unhaltbar erwiesen. Vor allem ist es nicht berechtigt, einzelne Seefischsorten von vornherein als immer oder zeitweilig giftig anzusehen! Solche Fische gibt es in den von unseren Fischern aufgesuchten Gewässern nicht; sie kommen nur stellenweise im Mittelmeer und in den Tropen vor, und auch hier ist nach den bisher gewonnenen Erfahrungen, wie sie z.B. Professor Sobernheim (Berlin) wissenschaftlich zusammengestellt hat, niemals das Fleisch des frisch gefangenen Fisches an sich, wie z.B. bei Pilzen, giftig, sondern nur bestimmte Organe oder Ausscheidungen. Die Gefahr, die den Menschen in unsrer Heimat von Seefischen droht, ist mithin von verhältnismässig untergeordneter Bedeutung.

Eine Fischvergiftung wird vielmehr fast immer durch die Veränderungen verursacht, die der gefangene Fisch erst nachträglich erfährt, und zwar in erster Linie durch unzweckmässige Behandlung und Aufbewahrung. Professor Sobernheim unterscheidet Vergiftungen durch :

- 1.) Zersetzungs- und Fäulnisbazillen,
- 2.) Bakterien der Fleischvergiftung,
- 3.) Botulismus.

Zersetzung und Fäulnis tritt bei zu langer und unsachgemässer Aufbewahrung frischen Fisches allerdings auf, macht aber den Fisch matschig, weich und übelriechend, sodass er hierin äusserlich leicht als verdorben erkannt und vom menschlichen Genuss ausgeschlossen werden kann. Bei frischem Fisch sind derartige Zersetzungs Vorgänge durch die modernen Kühlvorrichtungen auf dem Wege vom Fangplatz bis zum Verbraucher unschwer zu vermeiden. Leichter tritt diese Zersetzung bei gekochten Fischen auf, und hier ist sie bedauerlicherweise viel schwerer äusserlich festzustellen. Daher ist es ratsam, Reste gekochter Fische bald zu verzehren und sie bis dahin in Form von Salat aufzubewahren. Hier sei auch darauf hingewiesen, dass man es bei Räucherfischen und Fischmarinaden nicht mit sterilisierten Konserven zu tun hat, sondern vielmehr mit Halbkonserven, deren Haltbarkeit sehr beschränkt ist, und die im allgemeinen ebenso behandelt und schnell verbraucht werden müssen wie frische Fische, wenn man der Bildung von Zersetzungs- und Fäulnisbazillen vorbeugen will. Im Hinblick auf den grossen deutschen Seefischverbrauch, in Anbetracht des weiten Weges der Fische vom Fangplatz bis zum Verbraucher, trotz des Bezuges von Fischen auch im heissesten Sommer, ist die kleine Zahl der tatsächlich vorkommenden Vergiftungen durch verdorbenen Seefisch der sprechendste Beweis für die ziemlich geringe Gefahr der Fischvergiftung.

Eine Vergiftung durch Bakterien der Fleischvergiftungen, die ihre schädlichen Gifte erst im menschlichen Körper erzeugen, und von denen die Paratyphusbazillen am bekanntesten sind, ist durch das Fischfleisch an sich bisher noch nirgends festgestellt worden. Sie ist allerdings möglich durch Verunreinigung des Fisches, jedoch bei Benutzung keimfreien Kunsteises, bei sauberer Behandlung des Fisches vom Schlachten an bis zum Essen unschwer zu vermeiden.

Als dritte Möglichkeit einer Vergiftung durch Nahrungsmittel nennt Professor Sobernheim "Botulismus". Der Bazillus, der diese heftige Vergiftungserscheinung erzeugt, gedeiht nur bei Abschluss von Sauerstoff, z.B. in Wurst, Fleischkonserven oder dergleichen und wird bei Erwärmung auf 60 bis 70 Grad zerstört. Auf diese Temperatur wird der meiste in Deutschland genossene Fisch bei seiner Zubereitung gebracht; Botulismus infolge von Fischgenuss ist daher in Deutschland bisher noch nirgends bekannt geworden.

Es sei darum als Ergebnis zum Schlusse nochmals zusammengefasst:

- 1.) Fischvergiftungen stehen hinter Fleischvergiftungen an Häufigkeit weit zurück.
- 2.) Es gibt bei den in Deutschland genossenen Seefischen kein eigentliches Fischgift.

Die allgemeinen und öffentlichen Gesundheitseinrichtungen vom Augenblick des Fanges an bis zum Verbrauch, die modernen Beförderungseinrichtungen, die Kühl-

räume und Kühlvorrichtungen der Fischdampfer, der Fischhallen und Geschäfte bieten in Verbindung mit der gesundheitspolizeilichen Kontrolle bei den Fischauktionen, in Markthallen, industriellen Betrieben und Verkaufsläden, namentlich auf Grund des neuen Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927, eine ausreichende Sicherheit gegen Fischvergiftungen. Hierzu müssen die Hygiene des Hauses und der Küche, die Sorgfalt, Aufmerksamkeit und Sauberkeit bei Aufbewahrung und Zubereitung des Fisches hinzukommen. Infolge staatlicher Kontrolle zusammen mit privater Gesundheitspflege, dank Aufklärung und eigener Einsicht der Verbraucherschaft über richtige Seefischbehandlung wird mithin eine übertriebene Besorgnis vor Fischvergiftungen hinfällig.

Die Fuchsboa.^x

SPD. Der Dichter Karl Wakusch hatte in einem seiner Romane einmal geschrieben: "Ein Gegenstand, der 10 Mark wert ist, ist für 5 Mark immer noch teuer, es sei denn, dass man ihn wirklich braucht." Dies war auch im Leben sein Standpunkt, obwohl er sonst nicht eben viel von Gelddingen verstand, sich in der Regel kaum darum kümmerte. Seine Frau Ella aber dachte anders. Seitdem sie ein paarmal das Glück gehabt hatte, Kleidungsstücke für ein Drittel des eigentlichen Preises zu ergattern, galt sie in ihren Kreisen als Kaufgenie. Und diesen Ruhm wollte sie sich wahren; koste es, was es wolle.

Manchmal wunderte sich Wakusch, woher die vielen Blusen, Röcke, Hüte und Sonnenschirme eigentlich kamen. So glänzend waren doch seine Einnahmen schließlich nicht, wenn es ihm auch ganz leidlich erging und der Mangel bisher vor seiner Tür noch immer Kernt gemacht hatte. Gelegentlich erkundigte er sich sogar, hörte mit halbem Ohr die Pappenstielpreise, verwies auf seine Romanstelle und beruhigte sich wieder.

Misstrauischer wurden die Freundinnen. "So etwas möchte ich auch haben", erklärte die eine oder die andere, "führe mich doch mal hin!" Aber niemals klarte es. Stets gab es eine Abhaltung oder ein Hindernis. Bald war es das letzte Stück gewesen; dem Geschäftsinhaber war Verschwiegenheit zugesichert worden, oder ein erwarteter telephonischer Anruf hinderte am Ausgehen. So tuschelte man allerhand, meinte, der Ehrgeiz, in den sich Frau Ella gesteigert hatte, habe sie "meschugge" gemacht. Entweder verheimliche sie die wirklichen Preise und nehme mehr vom Wirtschaftsgeld, oder sie erwerbe tadellos erhaltenes Zeug aus zweiter Hand. Vielleicht mache sie auch einfach Schulden.

Eines Abends kam sie mit einer geradezu wundervollen Fuchsboa nach Hause. "7 Mark", rief sie triumphierend schon unter der Tür. Das war jedoch selbst dem gutgläubigen Gatten zu bunt. Es folgten erregte Auseinandersetzungen, freilich ergebnislos.

Manchmal indes haben die Wände Ohren oder die Fenster Augen. Bereits die Morgenstunden des nächsten Tages brachten die Entscheidung. Anscheinend hatte eine Bekannte den Erwerb der Boa an der Quelle beobachtet. Jedenfalls überreichte der verdutzte Postbote Frau Ella eine offene Karte mit den vielsagenden Worten: "Gans, du hast den Fuchs gestohlen."

Heinrich Minden.

SPD. Zwillinge mit verschiedenen Geburtsorten.^x Der Fall, dass Zwillinge in zwei verschiedenen Gemeinden zur Welt kommen, dürfte sich nur äusserst selten ereignen. In Papiriano (Gemeinde Fiumicello, Görz) gebar eine Frau, Maria Gigante, ein Mädchen. Die Mutter musste eilends ins Krankenhaus nach Monfalcone geschafft werden und schenkte dort einem zweiten Mädchen das Leben.